

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1927

90 (19.4.1927)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Arbeiterstimme“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.15 M mit 1 M ohne Zustellung. Einzelpreis 10 P. Sonntags 15 P. — Anzeigen: die einsp. Kolonialsache 25 P. Restliche 1 M. Annahmefrist 8 Uhr vorm. Postzeit. Karlsruhe 2850.

Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftsstelle: u. Redaktion: Lützenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag: der Verlagsdruckerei Volkshfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

Macdonald und Unabhängige Arbeiterpartei

London, 19. April. (Sunddienst.) Die unabhängige Arbeiterpartei Großbritanniens trat am Dienstag zu einem drei Tage dauernden Parteitag in Leicester zusammen, der wie üblich mit einer großen Programmrede des Parteivorsitzenden eingeleitet wurde. Die Rede zielte sehr stark den Radikalisierungsprozess der Unabhängigen Arbeiterpartei wieder und enthielt u. a. auch Angriffe auf die sozialistische Internationale. **Macdonald** erklärte, die Ereignisse seit 1914 hätten gezeigt, daß die sozialistische Internationale eine armseliche Waffe zur Bekämpfung der in Weiterentwicklung begriffenen Macht des Kapitalismus sei. Es müßte mit großem Nachdruck an der Herbeiführung einer allumfassenden einigenden Internationale auf dem Wege der Einigung der sozialistischen und kommunistischen Internationale gearbeitet werden.

Darauf trat der Kongreß hinter verschlossenen Türen in die Erörterung der Beziehungen zwischen Macdonalds zur IAP ein, die in letzter Zeit einmüßig gekannt worden sind. Der Parteivorstand der IAP hatte kürzlich in einer Sitzung beschlossen, Macdonald nicht mehr als Schatzmeister für die gesamte Arbeiterpartei vorzuschlagen. Das bedeutet, daß Macdonald damit aufhört, Delegierter der IAP zum Parteitag der Arbeiterpartei und Mitglied des Parteivorstandes als Vertreter der IAP zu sein. Diese Entscheidung war durch eine von 61 der Unabhängigen Arbeiter angehörige Unterhaushauskommission unterzeichnete Erklärung beantragt worden, in der gegen diesen Beschluß protestiert wurde. In der geschlossenen Sitzung des Parteitages begründete der Parteivorstand der Unabhängigen Arbeiterpartei sein demagogisches Vorgehen gegen Macdonald habe sich von der offiziellen Parteipolitik so weit entfernt, daß er nicht mehr als Vertreter der Auffassungen der Unabhängigen Partei, des Parteivorstandes und der gesamten Partei auftreten könne. Der Parteivorstand würde jedoch eine von anderer Seite aufgestellte Kandidatur Macdonalds für den Posten als Schatz-

meister der Gesamtpartei unterstützen. Der Parteitag schloß sich hierauf, trotzdem die Opposition gegen diesen Entschluß sich zum Worte gemeldet hatte, der Auffassung des Parteivorstandes der Unabhängigen mit der Majorität von 312 gegen 118 Stimmen an. Dieser Beschluß bedeutet einen weiteren Schritt der Entfremdung zwischen Macdonald und den Unabhängigen. Macdonald selbst hatte diesmal den Parteitag nicht abgewartet und seine gesamte Amerikareise bereits vor Beginn der Konferenz angetreten. Wie Macdonald hat es auch eine Reihe der früheren Führer der IAP, wie Snowden, vorgezogen, der diesjährigen Konferenz fernzubleiben.

Im zweiten Verhandlungstage, der im wesentlichen den politischen Fragen und solchen der Arbeitslosigkeit gewidmet war, kam u. a. auch eine Resolution bezüglich China zur Annahme, in welcher die IAP — über die öffentliche Politik der Arbeiterpartei hinausgehend — folgende Forderungen aufstellte:

1. Anerkennung der vollen Souveränität und Unabhängigkeit Chinas.
2. Verzicht auf alle extra territorialen Rechte und Rückgabe der Konzessionen.
3. Verhandlungen mit China zum Zwecke des Abschlusses neuer Verträge.
4. Zurückziehung der in China befindlichen Truppen und Schiffe.
5. Enges Zusammenarbeiten zwischen der britischen und chinesischen Arbeiterpartei.

Die Resolution fordert ferner eine unparteiische Untersuchung der Vorfälle in Hankow und protestiert gegen die Verwendung indischer Truppen in China. Trotz stark ausgesprochener Gegenmeinung nahm die Konferenz außerdem noch eine Entschließung an, in welcher sie sich „individuell und für die Partei verpflichtet“, jeden Kriegsdienst und Transport von Kriegsmaterial zu verweigern.

Die Opfer des Zentrums

Von Dr. Rudolf Breitscheid, M. d. R.

Wer immer wieder das Wort erhebt, um sein Verhalten zu rechtfertigen, der muß auf die Dauer den Eindruck erwecken, als ob er selbst an sich zweifle oder zum mindesten die Zweifel der anderen nicht für unbegründet halte. Allzu großer Eifer ist nicht das Zeichen eines guten Gewissens.

Das gilt auch von der Zentrumspartei, die nicht milde wird, in Wort und Schrift ihre Mitarbeit im Reichsbüroverbot zu verteidigen und dabei vorgibt, die Kritik der Linken nicht zu verstehen. Wozu dieser Aufwand an Lungenkraft und Druckerchwärze? Best könnte man zu dem Glauben kommen, daß Herr Stegerwald, als er vor kurzem im Reichstag sein und seiner Freunde Wohlbedinden in der neuen Regierungskoalition verkündete — sagen wir — ein wenig übertrieben habe.

Dieser Tage hat wieder der frühere Justizminister Bell auf dem westfälischen Parteitag des Zentrums das so oft behandelte Thema variiert und sich bemüht, die Verelbarkeit des Heranziehens der Deutschnationalen mit den politischen Grundfragen des Zentrums darzutun. Er hat nicht viel Neues gesagt, aber einige Ausführungen, die er zur Abwehr von Angriffen machte, verdienen doch ein paar Bemerkungen. Das Zentrum sei nicht von Herrschucht besetzt, nicht Machtgier trieben es in die Regierung, sondern „rationales Verantwortungsgewissen“ und mit Hintanhaltung feindlicher Parteiinteressen, ja sogar unter der schweren Verleumdung im eigenen Lager und der Unpopularität habe es seit der Annäherung an allen Koalitionsbildungen teilgenommen.

Zunächst: was soll die Ablehnung der Machtgier? Jede Partei strebt nach Macht; sie will die eigenen Ideen über politische Dinge zu den im Staate herrschenden machen. Sie will Regierung werden, oder wenn und solange ihre Stärke dazu nicht ausreicht, Einfluß auf die Regierung gewinnen. Keiner Gruppe ist aus diesem Streben ein Vorwurf zu machen, solange sie nicht entschlossen ist, ihren Erfolg mit der Aufgabe vorher vertretener Grundsätze zu bezahlen. Auch dem Zentrum nicht.

Nur ist das Zentrum in einer günstigeren Lage als die meisten anderen Parteien. Seine Zusammensetzung und sein Programm gewähren ihm eine große Manövrierfähigkeit. Es umfaßt Angehörige der verschiedensten Klassen, die durch das Band der Religion zusammengehalten werden. Es leitet seine Politik aus der kirchlichen Moral her ab und ordnet die Probleme des Diesseits den Rücksichten auf das Jenenseits unter. Das ermöglicht ihm eine gewisse Flexibilität in der Stellungnahme zu politischen und wirtschaftlichen Fragen. Es kann sein Gewicht nach links und nach rechts verschieben, je nachdem es dem einen oder anderen seiner Programmpunkte eine vorrangige Bedeutung beimißt, oder je nachdem die eine oder die andere Richtung innerhalb seiner Reihen die Oberhand gewinnt. Dabei wird es immer bestrebt sein, auch den Interessen der jeweilig zurückgedrängten Schicht Zugeständnisse zu machen, um sie nicht zu verlieren.

Man mag sagen, daß diese Taktik eine gewisse Geschicklichkeit erfordert, aber Opfer, wie das Herr Bell behauptet, hat dem Zentrum seine Beteiligung an den bisherigen Regierungen nicht auferlegt. Es ist stets auf seine Kosten gekommen, und was die gegenwärtige Koalition betrifft, so braucht nur auf Stegerwalds Zufriedenheit verwiesen zu werden. Man soll nicht eine besondere Anerkennung für eine Politik beanspruchen, aus der man Vorteile gezogen hat, und die zu treiben man nicht gezwungen war.

Das Zentrum hat in der ersten Periode der Republik den demokratischen Staat aufbauen helfen. Warum? Weil die Demokratie auch seinen Interessen diene. In der Regierung des alten Obrigkeitsstaates spielte es eine untergeordnete Rolle. Es stand in der Abwehr, seine Anhänger wurden bei der Besetzung staatlicher Posten fast ebenso unberücksichtigt gelassen wie die der Sozialdemokratie. Der Staat war die Domäne des konservativen Beamtentums. Das neue System eröffnete ihm neue und bessere Aussichten. Die Partei erhielt ihre Gleichberechtigung. Bedenken, die von seinem rechten Flügel gegen das Zusammengehen mit der Linken erhoben wurden, konnten mit dem Hinweis auf die Erreichung des Zieles abgetan werden.

Worin bestand nun die „vaterländische“ Notwendigkeit, allmählich immer mehr nach rechts hinüberzurücken, bis man schließlich bei der letzten Krise die entscheidende Schwengung vollzog? Das Zentrum hatte alles in der Hand. Es konnte, wenn es wollte, die Bemühungen des Herrn Scholz vereiteln. Es ging den anderen Weg, nicht nur weil es sein sogenanntes kulturpolitisches Programm zusammen mit den Deutschnationalen durchsetzen zu können glaubte, sondern namentlich auch, weil die maßgebenden Kreise der Partei darauf bestanden, daß ihrer bürgerlich-konservativen Einstellung wieder mehr Rechnung getragen werde. Der demokratische Staat war geschaffen und schien konsolidiert, jetzt konnte der Boden wieder aufgenommen werden, den die Partei in der Vorkriegszeit gewonnen hat. Agrarische und industrielle Unternehmerinteressen traten wieder in den Vordergrund.

Ein Opfer ist also nicht gebracht worden. Die Frage ist nur die, ob dieser letzten Umartung nicht ein Rechenerlöser zugrunde liegt, und dieser Zweifel veranlaßt die Führer ja

Die französischen Sozialisten und die Armee reform

Paris, 19. April. (Sunddienst.) Die Debatte des zu Ostern in Lyon stattfindenden sozialistischen Parteitages war zum größten Teil beherrschend von der Frage der Organisation der Armee und der Verteidigung im Kriegesfall. Paul Boncour erwiderte er seine Absicht mit seiner politischen Erziehung. Er sei gesonnen gewesen, in den letzten Wochen ständig an den Kräfteanstrengungen in Genf teilzunehmen und müsse daher die Absicht haben, sich der Ruhe hinzugeben, bevor er wieder nach Genf zurückkehre. Am 19. April gab er seinem Erscheinen darüber Ausdruck, daß sein Entwurf über die Organisation der Nation im Kriegesfall sozial Kritik bei der Partei hervorrufe, wo er doch von der parlamentarischen Gruppe der Partei einstimmig gebilligt worden sei. Im Grundgedanke sei der Entwurf in auch von der sozialistischen Partei anerkannt und von Kammer und Senat angenommen worden. Die gleichen Auffassungen vertrat dann auch der am Ostermontag früh in Lyon eingetroffene Abg. Renaudel, der den Entwurf zum Verteidigung. Der Redner widerlegte die Auffassung, als ob der ganze Beeresorganisationsentwurf sozialistische Kräfte zur insoweit sei es, als er die Mobilisation aller Kräfte der Nation im Falle des Antritts von außen fordere. Dieser Fall können aber nur eintreten, wenn der Bürgerbund ihn als Angriff betrachtet und das Land sich angegriffen fände. Dieser Auffassung widersprach der Abg. Bode und besonders der, frühere Sekretär der CGT., de Moulin. Sie ent-

wickelten die Gründe, weshalb der Entwurf in Arbeiterkreisen sozial Ablehnung gefunden habe. Dies sei besonders auf die vorgeschlagene industrielle Mobilisation zurückzuführen. Im Kriegesfall würde die ganze Nation, überaus alles den Militärbehörden unterstellt. Der Entwurf schreibe aber keinerlei Garantien vor, denn er werde von der Partei in die Praxis umgesetzt, die im gegebenen Falle zufällig die Regierung in der Hand habe. Im Prinzip soll über diesen Teil des Entwurfs ein außerordentlicher Nationalrat der Partei die Entscheidung treffen. Die Frage selbst wird der Resolutionskommission überwiegen. Die soll auch das Datum festsetzen, an dem der Nationalrat zur Entscheidung über diese Frage einberufen werden soll.

Bei der darauffolgenden Debatte über den Bericht der sozialistischen Internationalen brachte Renaudel eine Entschließung ein, in der die Sozialistische Internationale aufgefordert wird, für eine allgemeine und gleichzeitige Abrüstung der Welt unter Kontrolle des Völkerbundes zu Lande, zu Wasser und in der Luft einzutreten.

In der Nachmittags Sitzung schneidet der Kongreß die Hauptfrage der Tages, die allgemeine Politik an. Der Abg. Commenge-Morel wendet sich nach lebhafter Kritik an der Politik der Radikalen Partei gegen die Zusammenarbeit mit dieser und tritt für eine Annäherung an die Kommunisten ein.

Die Fortsetzung der Debatte wird um Mitternacht auf Dienstag vormittag verlagert.

Politisierung der Aemter durch den Bürgerblock

Zu dem Abbau des Staatssekretärs Schulz und des Ministerialdirektors Brecht schreibt offen und höflich die Deutschnationale „Kreuzzeitung“:

„Man handelt es sich aber bei der Besetzung der beiden Ministerialdirektoren im Reichsministerium des Innern gerade um zwei Stellen, die, man möchte sagen, in Rücksicht auf das Schulaufgebot, wie auch auf die Verlängerung des Republikanischen und anderer Verfassungsfragen aktuell politisch sind. Daß jedoch der sozialdemokratische Staatssekretär Schulz nicht in der Lage ist, ein Schulaufgebot zu entwerfen, das den Wünschen des Zentrums und der Deutschnationalen entspricht, liegt doch auf der Hand, und daß ein ganz linksstehender Ministerialdirektor wie Herr Brecht nicht Verfassungsfragen im Sinne der jetzigen Regierungskoalition erledigen kann, wenn er sich nicht selbst verleugnen will, ist doch offenbar.“

Der exzentrische Charakter des Reichsbürgerblocks und seine gemeingefährlichen Absichten sind von der „Kreuzzeitung“ scharf und treffend gezeichnet worden. Was man sich merken muß.

Offiziere u. Reichsversorgungsgesetz

In Verantwortung einer Entschließung des Reichstags macht der Reichsversorgungsminister in einer Uebersicht Ansehen über die zahlreichste Auswertung des Urteils des Großen Senats des Reichsversorgungsgesetzes vom 21. Oktober 1924 über die Bezüge der pensionierten Offiziere der alten Wehrmacht. Daraus geht hervor, daß aufgrund dieses Urteils in höhere Versorgungsgruppen aufgerückt sind: 139 Leutnants, 1060 Oberleutnants, 2385 Hauptleute, 1179 Major, 660 Oberstleutnants, 355 Obersten, 170 Generalmajor und 43 Generalleutnants.

Gegenüber den Offizieren ist man splendid und bemittelt in tausenden von Fällen höhere Versorgungsgruppen bei der Berücksichtigung. Wenn aber arme Leute, die nur Soldaten oder Unteroffiziere waren, Ansprüche zu stellen haben, dann wird um jeden Pfennig gekämpft. Wozu ja die Kriegsbekämpften aus dem Mannschaftenstande sechstaufendfach Klagehinder lassen können.

Großes Grubenunglück in Belgien

Bis jetzt 21 Tote geborgen

Brüssel, 16. April. In der Kohlengrube von Espinnes-au-Bal hat sich gestern abend eine Wetterkatastrophe ereignet, die dadurch, daß sie gerade in dem Moment eintrat, als die Belegschaft abging, zu schwersten Verlusten führte. Bis 3 Uhr nachmittags waren bereits 21 Tote geborgen. Eine große Anzahl Verletzte ist zu verzeichnen, darunter mehrere schwerverletzte. Man befürchtet, daß sich weitere Tote in der Grube befinden.

Gerettete Vergleute

Paris, 16. April. Wie dem „Nouvel Herald“ berichtet wird, ist es gelungen, die verschütteten 28 Vergleute des Bergwerks „Henriette“ zu befreien. Sie sind sämtlich unverletzt.

Kundgebungen für die italienischen Sozialisten

Neuroth, 17. April. Radikale Organisationen veranstalteten auf dem Unioital eine Kundgebung gegen das schändliche Schandurteil in Italien. Die Redner sprachen in italienischer, englischer, ungarischer, deutscher, spanischer und jüdischer Sprache zu der Versammlung, die sich auf 20 000 Personen belief. Ein starkes Polizeiaufgebot war zur Stelle. Einige Personen wurden wegen der von ihnen getragenen Plakate verhaftet.

auch immer wieder zu ihren Rechtfertigungsreden. Die äußere Struktur des Zentrums ist dieselbe wie vor 1914, aber die innere hat sich gewandelt. Seine Arbeiter sind nicht mehr dieselben wie sie dordem waren, und wenn Herr Stegerwald vertritt, daß die christlichen Gewerkschaften im Kampf gegen die Sozialdemokratie erstarken würden, so weiß er selbst, wie töricht das ist.

Für eine stetig wachsende Zahl der katholischen Proletarier bietet der Sozialismus keine Schreden mehr, ihr Klassenbewußtsein erwacht und sie beginnen einzusehen, daß sie mit ihren sozialistischen Brüdern in einer Front stehen müssen. Sie wollen so wenig wie diese eine vom Kapitalismus beherrschte Republik, und wenn sie jetzt feststellen müssen, wie die leitenden Männer ihrer Partei durch ihre Zustimmung zu einer den Verfassungsgegnern dienenden Personalpolitik die Grundlagen des Baues gefährden helfen, den sie mit der Linken aufgerichtet haben, dann wird ihnen die Erkenntnis von der Unvereinbarkeit der letzten Koalition mit ihren berechtigten Forderungen um so schneller kommen. Dann erst tritt der Moment ein, wo man ernstlich an „Dover“ denken muß. Freilich nicht die Partei, wohl aber die in ihr herrschende Richtung. Dover — oder Verlust der Massen, deren Treue gegenüber religiösen Grundfragen zum Vorteil ihrer Klassengegner mißbraucht wird.

Faschistische Vorbereitungen zum Hochverrat

Hoffnungen auf das — Reichsbanner

In Berlin erscheint eine deutsche faschistische Korrespondenz, die ihre Hauptaufgabe darin erblickt, im „Stahlhelm“ für den ganz reinen Faschismus zu werben. Diese Korrespondenz bekämpft politisch und organisatorisch zum Stahlhelm. Was ist ihr Ziel? Die Vorbereitungen des Marsches auf Berlin der deutschen Faschisten. Wie soll er vorbereitet werden? Durch die Loslösung von monarchistischer Romantik und die Propaganda des Gedankens der faschistischen aristokratischen Republik, durch das entschlossene Befestigen der Bundesleitung des „Stahlhelms“ zum modernen republikanischen Faschismus. Wo soll der „Stahlhelm“ die Kräfte hernehmen, die zu einer faschistischen Revolution in Deutschland notwendig sind? Und die Antwort darauf, die jeden von uns lachen machen wird: aus dem Reichsbanner.

Wirklich und wahrhaftig aus dem Reichsbanner, denn der Herausgeber dieser Korrespondenz hält das Reichsbanner für eine Organisation, die, wie er sagt, faschistischer Geisteszucht entspricht. Er bekräftigt diese Anschauung originell: weil die Reichsbannertruppe Windmühlen trägt und in Reich und Glied marschieren. Das hält dieser Pächter der echt faschistischen Meinung in Deutschland für das Wesentliche! Die republikanisch-demokratische Gefinnung des Reichsbanners, der feste Wille, Republik und republikanische Verfassungen gegen faschistische Abenteuer zu schützen, gilt ihm nichts. Immerhin in dieser Stahlhelm-Hoffnung liegt ein Komplotz für das Reichsbanner: die Kommunisten hoffen darauf, die Reichsbannertruppe zu sich herüberzuziehen, die Reichsbannertruppe das gleiche. Beide wissen, daß sie nichts sind und daß sie zur Ohnmacht verurteilt sind, weil das Reichsbanner stark ist und entschlossen, die Republik zu schützen.

Aber warum diese kühne Spekulation des deutschen Faschismus? Es gibt dafür zwei Gründe: der Herausgeber ist ein ehemaliger Kommunist. Für die Kommunisten ist das Reichsbanner — man kennt ihren Wahlsinn — eine Schutztruppe des Faschismus. Nachdem der ehemalige Kommunist Faschist geworden ist, warum soll er nicht die größte Organisation seiner Vergangenheit mit neuer Demagogie als reale Hoffnung für seine neuen Freunde aufstellen? Ist es auch Wahnsinn, hat es doch Methode. Man erzaugt vor eigenen grenzenlosen eifrigen Verwirrung hinzu ein politisches Hell- und Dunkel, geeignet die Köpfe zu verwirren. Es ist die typische Ideologie jener Leute, die auf beiden Seiten stehen und in einer Person Spindel und Gegenspindel sind. Der andere Grund: allmählich muß die Frontkämpferfaschisten des Stahlhelms ganze Sorge erfüllen. Gegen sie arbeitet die allgewaltige Zeit und vor ihnen steht das Bild des Marsches auf Berlin, endlich nach langem Hoffen und Harren, doch ausgeführt von den „Stahlhelm“-Frontkämpfern. — Von einer Handvoll eisernen Männer, die die Zeit des Hoffens und Harrens überlebt haben.

Man mag in den Duffschlößern der deutschen Faschisten eine politische Spielerei sehen. Aber eins wollen wir feststellen: diese Spekulationen, diese öffentliche Aufforderung an den Stahlhelm und seine Führer und diese Zielsetzung des Marsches auf Berlin: sie sind nach den Berechnungen des Reichsgerichts genauere kommunistischer Propaganda unzuverlässiger Vorbereitungen zum Hochverrat, wenn nicht bereits vollendeten Hochverrat. Hier aber handelt kein Oberreichsanwalt und kein Reichsgericht ein. Auf dieser Seite kann man offen den gewaltigen Sturz der republikanischen Verfassung propagieren!

Bürgerblock, christliche Gewerkschaften und Arbeitszeitnotgesetz

„Alles oder nichts!“ Unter dieser Überschrift veröffentlicht Stegerwalds Blatt „Der Deutsche“ einen von Bernhard Ditt verfaßten Artikel, in dem zum tausendstenmal der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften vorgehalten wird, sie seien jetzt, wo die Sozialdemokratie in der Opposition stehen, bei der Beurteilung des Arbeitszeit-Notgesetzes einen völlig unmöglichen Wank an. Partei und Gewerkschaften hätten es lieber gesehen, wenn überhaupt keine Verbesserung für die Arbeiterschaft herausgekommen wäre. Das sei der aus der Wirklichkeit her bekannte „Alles oder Nichts-Standpunkt“.

Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkte, daß die geringen, überaus problematischen, kleinen Zugeständnisse in der Arbeitszeitfrage durch neue Verschlechterungen, die das Notgesetz unlesbar bringt, mehr als aufgewogen werden. Wozu hat denn Herr Stegerwald sofort im Anschluß an die Verabschiedung des Notgesetzes neue, wichtige Forderungen gestellt? Wie verzweifelte gegenüber der Sozialreaktion im Bürgerblock beim Kampf um das Notgesetz gewährt. Das hat niemand bestritten. Diese Abwehr der christlichen Gewerkschaftsführer hat nur keinen wirklichen Erfolg erzielt. Der Erfolg war von vornherein unmöglich, weil eben mit dieser Reichsregierung vernünftige Sozialpolitik nicht zu machen ist, weil im Bürgerblock Besitz und Arbeitsgeheimnis diktieren. Schreibt nicht das Frankfurter Zentrumsblatt die „Ahn-Mainische Volkszeitung“, es wäre eine gefährliche Illusion, zu glauben, daß die christliche Gewerkschaftsgruppe die Sozialpolitik der Reichsregierung diktieren könnte? Wenn dem so wäre, dann hätte das Arbeitszeit-Notgesetz wirklich demselben ausgeben müssen. Die christlichen Gewerkschaften sind die Geliebten des Bürgerblocks. Als solche sind sie gesonnen, immer nur ein Linienrecht gegen wichtige Rechte der Arbeiterschaft einzutauschen.

Anschlußstundgebung in Oesterreich

Der Sport im Dienste der Politik

Wien, 18. April. Im Rahmen eines großen Sportfestes veranstaltete die Sozialistische Partei eine Anschlußstundgebung. Das sportliche Ereignis war ein Fußball-Länderspiel zwischen den ausgewählten sozialdemokratischen Mannschaften Deutschlands und Oesterreichs, wobei Deutschland mit 3:1 siegte. In seiner Ansprache während einer Spielpause erklärte Nationalrat Deutsch, wenn ein Abschlusstag der ungarischen Rüstungsarbeiten, so sei auch in Oesterreich die Republik bedroht. Dann sei die soziale Proklamierung des Anschlusses die einzig mögliche Rettung. — Reichsminister a. D. Hermann Müller führte in einer Rede u. a. aus: Wir kennen auch Grenzen, die nicht trennen. Angeblich sollten die Beiträge von Versailles und St. Germain das Selbstbestimmungsrecht der Völker verwirklichen; aber für das deutsche Volk ist dieser Gedanke nicht durchgeföhrt worden. Ich kann versichern, daß alle Parteien von rechts bis links in dem Ziele am Anschlusse einig sind. Man soll aber die Gebude des deutschen Volkes nicht zu lange mißbrauchen. Die Republik in Deutschland steht fester denn je. Wir wollen ein freies Reich der Deutschen, in welchem sich nach dem Anschlusse ein jeder Oesterreicher wohl fühlen wird.

Hermann Müller besuchte am Samstag eine Reihe von Wiener Gemeindebezirken. Müller wurde überall von den Mietern und von Mitglidern des Republikanischen Schutzbundes begrüßt. Im Gert-Sol erwiderte er auf eine an ihn gerichtete Anfrage u. a.: Er freue sich darüber, daß es der Wiener Sozialdemokratie gelungen sei, ein so großes Kulturwerk zu schaffen, um der Arbeiterschaft bessere Wohnungen zu ermöglichen. Er zweifle nicht, daß dieses große Werk dazu beitragen werde, der österreichischen Sozialdemokratie am 24. April zu einem großen Siege zu verhelfen. Dieser Sieg werde auch dazu beitragen, daß der Tag, den wir alle herbeisehnen, der Tag des Zusammenschlusses der beiden deutschen Staaten nähergerückt würde.

Rußland und die Schweiz

Der seit der Ermordung des russischen Botschafters auf der Konferenz in Genua zwischen der Sowjetregierung und der Schweiz bestehende Konflikt ist jetzt nach monatelangen Verhandlungen zwischen den beiden unabhängigen Regierungen durch die Formulierung einer Erklärung gelöst worden. In ihr verurteilt und bedauert die schweizerische Regierung die Mordtat und erklärt sich für den Fall späterer Verhandlungen über die Gesamtheit der zwischen den beiden Ländern noch zu erledigenden Fragen bereit, der Tochter von Woroschilow eine materielle Beihilfe zu gewähren.

Es ist bezeichnend, daß die Initiative zu dieser Verständigung auf die russische Diplomatie zurückzuführen ist. Allerdings hat dann die Schweiz sofort ihre Bereitschaft zur Beilegung erklärt, ohne aber zunächst irgendwelche positiven Zusicherungen zu machen. Die russische Regierung hat sich zweifellos zu dieser Initiative aus der Erkenntnis heraus entschlossen, daß es auf die Dauer ein unmöglicher Zustand ist, von der politischen Gesamtorganisation der Welt, wie sie im Völkerbund nun einmal zum Ausdruck kommt, ganz und gar abgetrennt zu sein. Die öffentlichen Organe der Sowjets werden trotzdem nach wie vor auf den Völkerbund schielen. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß auch Rußland auf die Dauer nicht umhin kann, sich nach Genf hin zu orientieren.

Annäherung der lettischen und polnischen Arbeiterbewegung

Warschau, 17. April. Wie der sozialistische „Robotnik“ berichtet, fand anlässlich der Tagung der lettischen Gewerkschaften in Riga, an der auch der polnische Delegierte Julianski teilnahm, eine gemeinsame Konferenz mit der litauischen Delegation statt, in deren Verlauf die Notwendigkeit gemeinsamer organisatorischer Beziehungen zwischen der Arbeiterschaft Polens und Litauens anerkannt wurde. Ferner wurde festgestellt, daß weder das feindliche Verhältnis beider Staaten noch wirtschaftliche, politische oder territoriale Fragen der Annäherung der polnischen und der litauischen Arbeiterschaft im Wege stehen könnten. Hierzu bemerkt der „Robotnik“, daß insofern auf die litauische Frage zwar noch gewisse Schwierigkeiten bestehen, aber die litauische Arbeiterschaft niemals eine militärische Lösung dieser Frage in Betracht gezogen habe.

Aus dem Freistaat Baden

Weibliche Polizei in Baden

W. Dem Vornehen anderer Länder folgend, ist für Baden beabsichtigt, den Polizeiführerinnen besondere Gebildungen insbesondere für den Außendienst zunächst bei den größeren Polizeidirektionen, beizugeben. Hauptaufgabe dieser „weiblichen Polizei“ wird die Unterstützung der Polizeiführerinnen auf dem Gebiet der vorbeugenden polizeilichen Tätigkeit gegenüber gefährdeten Frauen und jugendlichen sein. Wichtige Aufgaben werden sich hierbei auch aus Anlaß der Durchföhren des Notgesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ergeben.

Für die Einstellung, die zunächst auf Probe nach Vergütungsansatz des Reichsangehörigen erfolgen soll, kommen nur weibliche Personen nicht unter 25 Jahren in Frage, die über einen einwandfreien Leumund, kräftige Gesundheit, Entschlußfähigkeit und Charakterfestigkeit, sowie über gutes Verständnis für soziale Fragen und Übung in der Behandlung von Menschen verfügen. Weibliche Personen, die diesen Voraussetzungen entsprechen, können sich beim Bezirksamt — Polizeidirektion — Karlsruhe bis 1. Mai 1927 um Einstellung bewerben. Dem Gesuche ist ein selbstgeschriebener Lebenslauf, das Schulzeugnis sowie etwa vorhandene Berufszeugnisse und Zeugnisse über früher eingetragene Einstellungen beizufügen. Der praktischen Verwendung wird eine mehrmonatige Ausbildung vorausgehen. Es ist in Aussicht genommen, den einzestellten weiblichen Personen für den Außendienst eine Berufskleidung zu geben. Ausdrücklich wird bemerkt, daß zunächst, da es sich um einen Versuch handelt, nur die Einstellung von wenigen Personen in Frage kommt. Bei der Einstellung bleibt auch eine Prüfung des Gesundheitszustandes vorbehalten.

Um den Bau des Redartanals

Zu der Nachricht von der vorläufigen Einstellung der Kanalbauarbeiten an der Stauffuse Heidelberg erklärt die Telegraphen-Union von unterrichteter württembergischer Seite, daß das Reichsverkehrsministerium die Redartanalbauarbeiten telegraphisch angewiesen hat, mit der Verzögerung der

Bauarbeiten für die Stauffuse Heidelberg zunächst noch abzuwarten. Die württembergische Regierung hat, nachdem sie von dieser Weisung Kenntnis erhalten hatte, sich sofort an das Reichsverkehrsministerium mit der Bitte um Aufklärung gewandt. Von einer völligen Einstellung der gesamten Bauarbeiten an Redartanal kann natürlich keine Rede sein. Wie die Telegraphen-Union von anderer Seite noch erfährt, ist zu erwarten, daß die endgültige Entscheidung über die Verzögerung der Arbeiten an der Stauffuse Heidelberg schon in der Woche nach Ostern fallen soll.

Das „Stuttgarter Neue Tagblatt“ schreibt zu der Sache Folgendes: „Wir möchten zunächst einmal eine amtliche Bestätigung der Nachricht abwarten. Erst dann wird man beurteilen können, wie die Anweisung des Reichsverkehrsministeriums zu verstehen ist. Schon heute aber müssen wir uns mit aller Entschiedenheit gegen diese Art der Politik vernehmen. Man wird weder das Reichsverkehrsministerium, noch auch das Kabinett selbst daran erinnern müssen, daß doch der Reichstag bereits die für den Ausbau des Kanals erforderlichen Mittel bewilligt hat. Es liegt also nach unserer Meinung gar keine Möglichkeit vor, daß das Reichskabinett von sich aus nochmals über die Angelegenheit Beschluß faßt. Würde das geschehen, so müßte man ein solches einseitig und allein gegen Württemberg sich richtendes Vorgehen einfach als unerhörte Beleidigung ansehen und man dürfte wohl erwarten, daß die württembergische Regierung sich mit aller Schärfe dagegen wendet. Schließlich besteht ja auch noch der zwischen dem Reich, Württemberg und Baden abgeschlossene Staatsvertrag betreffend den Bau des Redartanals ein Vertrag, den das derzeitige Kabinett doch wohl nicht einfach ignorieren kann.“

Eine Berliner Verantbarung zum Redartanalbau
Aus Berlin wird uns mitgeteilt: Das Reichsverkehrsministerium gibt bekannt: Die Nachricht, daß der Reichsverkehrsminister die Einstellung des Baues der Redartanalbauarbeiten verfügt habe, ist in der von einem Berliner Morgenblatt gebrachten Form unzutreffend. Richtig ist daran lediglich, daß die Entscheidung einer Anstalt neu zu erteilender Beschlässe zunächst hinausgeschoben worden ist, bis gewisse Verhandlungen abgeschlossen sind. Die endgültige Entscheidung wird voraussichtlich im Laufe von ein bis zwei Wochen erfolgen.

Das rasche Dementi des Reichsverkehrsministeriums und der Reichsregierung ist wohl veranlaßt durch die scharfe Sprache, die sofort nach Bekanntwerden der Nachricht von der Einstellung des Weiterbaues der Kanalarbeiten bei Heidelberg aus dem Munde des Reiches geführt wurde. So ganz harmlos, wie nun die amtlichen Stellen die Sache hinstellen suchen, erscheint die Angelegenheit doch nicht, wenn man weiß, daß der Verkehrsreferent der Deutschnationalen Volkspartei im Reichstag der Hrn. Geh.-Rat Dr. Quack, ein eifriger Bundesgenosse der Heidelberger „Landschafts-Aktion“, im Kampf gegen das Stauwehr beim Karlstor in Heidelberg ist. Sein Einfluß auf die neue Reichsregierung, in der bekanntlich vier seiner Parteifreunde sitzen (darunter auch der Reichsverkehrsminister selbst), ist nicht gering. Ob es ihm aber gelingen wird, gegen den ausgesprochenen Willen der Reichstags- und Reichsratsmehrheit jetzt noch eine Änderung des Schicksals der Redartanalbauarbeiten herbeizuföhren, das erscheint uns mehr als fraglich.

Baldscharrapostliches. Ein Landwirt schreibt uns: 2:2 = 22:21. Das ist nicht etwa ein Sportbericht, sondern eine Zahlenreihe, die die Entwicklung des badischen Landbundes in der badischen Landw.-Kammer darstellt. Aus der inzwischen als total unfähig für ein Führeramt erkannte Herr Gebhard vor 5 Jahren zum Präsidenten der Landwirtschaftskammer gewählt wurde, bekam er 22 Stimmen, sein Gegenkandidat und derzeitiger Präsident Graf Douglas nur 20 Stimmen. Gebhard hatte also 2 Stimmen mehr — genau 10 viel Stimmen, als er in der letzten Wollerversammlung der Landw.-Kammer aufbrachte, als er den außerordentlichen Etat derselben ablehnen wollte: Gebhard plus Füller = 2... sie transit gloria des Landbundesfüllens von 1920/21. !! Durch die Schuld der unfähigen Führer; — also durch eigene Schuld.

Nach der Reichsratsitzung.



bergt: „Ich soll die Republik schützen — und wer schützt mich vor den republikanischen Ohseigen aus Preußen!“

Von den Wirtschaftstämpfen

Der Schiedspruch in der Zigarrenindustrie für verbindlich erklärt

Der neue Schiedspruch für die Zigarrenindustrie ist am Samstag vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden. Alle Warnungen der Vertreter der Arbeitnehmer waren umsonst. Sie hatten daran erinnert, daß die Ferienfrone zum Schaden der Arbeiter gerichtet sei. Bis heute seien generell vier Tage Ferien in Geltung, während nunmehr praktisch nur bis vier Tage Ferien gewährt würden. Die Regelung der Lohnzuschläge für die über 48 Stunden hinausgehende Arbeitszeit entspreche nicht einmal den Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes, da für die 49. bis 54. Stunde nur 15 Prozent Lohnzuschlag gezahlt werden sollen. Noch schlimmer stehe es mit der vorgesehene 7 1/2-prozentigen Lohnrückbildung, da in dieser Lohnrückbildung die Abgeltung der 20-prozentigen Mietssteigerung enthalten sein soll.

Die Verbindlichkeitsklärung ist umso unbegründeter, als die maßgebenden Stellen selbst nicht bestreiten, daß die Vöbne der Tabakarbeiter sehr niedrig stehen, während auf der anderen Seite die Tatsache, daß die Großverbraucher der Zigarrenkonsumvereine die ursprünglich vorgesehene Lohnrückbildung von 10 Prozent nicht, den Nachweis liefert, daß die Zigarrenfabrikanten den ersten Schiedspruch sehr wohl tragen konnten. Der Geschäftsgang in der Zigarrenindustrie hat sich im Laufe des vergangenen Jahres wesentlich geändert. Die Tabakarbeiter leben aus der Diktatur der Fabrikanten und der Schlichtungsstellen, daß sie sich nur auf ihre eigene Kraft, d. h. auf eine starke Dramatization verlassen können. Die Zahl der Verbandsangehörigen des Deutschen Tabakarbeiterverbandes stieg im Jahre 1926 um 700 auf 58 968; auch das Vermögen des Verbandes stieg um rund 240 000 M. auf über eine Million Mark, trotz der ungünstigen Verhältnisse in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres. Das muß für die Tabakarbeiter ein Ansporn sein, jetzt mit doppelter und dreifacher Energie im Deutschen Tabakarbeiterverband die Reihen zu stärken und zu festigen, damit bei der nächsten Kraftprobe den Fabrikanten die Zähne gezeigt werden können.

Der Tarifstreit in der Rheinschiffahrt

Mainz, 18. April. Der Schiedspruch in der Rheinschiffahrt ist von der Arbeitgeberseite abgelehnt worden. Die Arbeitnehmerverbände haben sich noch nicht erklärt, sondern Verlängerung der Erklärungsfrist bis zum 22. April verlangt.

Aus der Zigarettenindustrie

Hild. Heidesberg, 18. April. Das Lohnabkommen für die badische Zigarettenindustrie ist gleichfalls gescheitert und Antrag auf Erhöhung der bisherigen Lohnsätze um 15 Prozent gestellt worden. Verhandlungen sind im Gange.

Streikbeschluss in der saar-pfälzischen Fertigungsindustrie

St. Ingbert, 18. April. Bei der Abstimmung, die gestern in der saar-pfälzischen Fertigungsindustrie über den Lohnabbau vorgenommen wurde, stimmten die Arbeiter in ihrer großen Mehrheit für den Streik als letztes Mittel gegen den Lohnabbau. Bei Kaiser in St. Ingbert wurde der geplante Lohnabbau vorläufig zurückgezogen.

Aus der Partei

S. Grünwettersbach. Die Sozialdem. Partei hat in ihrer letzten Versammlung den Beschluss gefasst, die diesjährige Parteiverammlung zu begeben: Bei fünfjähriger Witterung Sonntag 1. Mai, mittags 12 Uhr, Zusammenkunft im Gasthaus zum Adler, 1/2 Uhr Familienausflug nach Müschelbach; befolgt Zusammenkunft mit den dortigen Partei- und Gewerkschaftsgenossen, gemüthliches Beisammensein. Das Parteisekretariat hat für diesen Fall einen tüchtigen Redner ausgesucht. Es ist nun Aufgabe der Partei- und Gewerkschaftsgruppen, für einen guten Besuch dieser Veranstaltung Sorge zu tragen. Bei ungünstiger Witterung findet die Parteiverammlung mittags 1/2 Uhr im Gasthaus zum Adler, statt. Zu dieser Veranstaltung sind sämtliche im Ort anwesenden Vereine mit der Bitte einzuladen, sich zahlreich zu beteiligen. — Parteien- und Gewerkschaftsgenossen, setzt an diesem Tag, daß ihr nicht gewillt seid, das Arbeitszeitgesetz, das eine reaktionäre Regierung geschaffen hat, stillschweigend hinzunehmen. Der 1. Mai muß eine Demonstration gegen die Verewaltung der Arbeiterklasse werden. Besondere Einladungen an die Vereine ergeben nicht.

Sand. Vorlesen Samstag hielt der hiesige Ortsverein der Sozialdem. Partei im Gasthaus „zum Schwanen“ eine Parteiverammlung ab. Auf der Tagesordnung standen Parteiverwaltung und Gemeindegemeinschaften. Als Referent war Gen. und Gemeindevorstand Sauer-Lentesheim anwesend. Die Versammlung war stark besucht, die Ausführungen des Redners fanden starken Beifall.

Soziales

Gen. Dr. Lutz-Hammer Schlag Syndikus der Angestelltenkammer in Bremen

Wie wir erfahren, wurde Gen. Dr. Lutz-Hammer Schlag in Freiburg zum Syndikus der Angestelltenkammer in Bremen gewählt. Er wird seinen Dienst bereits am 1. Mai ds. Js. antreten. Bremen hat sowohl die Arbeiterkammer wie auch die Angestelltenkammer in seiner Verfassung verankert, wodurch die Arbeiterinteressen bei Gesetzesvorlagen und sonstigen die Arbeiter- und Angestelltenchaft besonders interessierenden Fragen Berücksichtigung finden. Wir freuen uns, daß Genosse Dr. Hammer Schlag nun ein seinen Fähigkeiten entsprechendes Betätigungsfeld gefunden hat und geben ihm unsere besten Wünsche mit in seinen Wirkungskreis.

Gemeindepolitik

Schweligen. Der Gemeinderat hat beschlossen, den bedürftigen verheirateten Erwerbslosen und solchen mit eigenem Hausstand an Ostern folgende Rationieren zu verabreichen: je 5 Pfund Mehl, ein Pfund Fett und ein Pfund Fleisch.

Wittgen. In seiner letzten Sitzung beschloß der Stadtrat die Aufnahme eines Anlehens in Höhe von 600 000 M. zu Wohnbaubauzwecken bei der Badischen Girozentrale zu genehmigen. Ferner soll der hiesige Flugplatz durch Hinzunahme eines Einbahnstrasses bedeutend verbreitert werden. Der Sanitätskolonne wurde zur Erleichterung der Nacharbeit ein Scheinwerfer bewilligt.

Thingen bei Baldsbut. Um die hier ausgeschriebene Bürgermeisterei haben sich nicht weniger wie 44 Herren beworben.

Gerichtszeitung

Gefährliche Liebesabenteuer. Die beiden Kausleute Karl Ackermann und Jakob Stier hatten sich vor dem kleinen Annabimer Schöffengericht wegen Erpressung zu verantworten. Der Lebttragende war ein Finanzbeamter, der

sich mit der Frau des A. in einen Liebeshandel eingelassen hatte. Unter Vorläufigung der Schwangerschaft der Frau erpressen die beiden Angeklagten von dem Beamten Wechsel in Höhe von 500 M. Das Gericht verurteilte Ackermann zu einer Gefängnisstrafe von drei, Stier zu einer solchen von fünf Monaten.

Sport

Arbeiterport über Ostern

Darlanden — SV. Grünwinkel 0:1, 2. Mannschaften 1:6; Grünwinkel — Waldhof 5:2, 2. Mann. 7:3, Jugend 3:0; SV. Südabt Karlsruhe — Gensbach 2:3; Nürnberg — Käferal 4:1; Durmersheim — Waldhof 0:1, 2. Mann. 5:1; Dürkheim — Bernauheim 3:4, 2. Mann. 4:4; Haagsfeld — Durmersheim 4:1, 2. Mann. 0:2; Haagsfeld — Vörrach 3:3; Reichenbach — Grün-Weiß Mühlburg 3:0, 2. Mann. 0:3; Haagsfeld — Spielberg 6:0, 2. Mann. 1:1; Darlanden — Rader Karlsruhe 1:5, 2. Mann. 1:7, Grün-Weiß 3. — Darlanden 3. 7:0; Ottenhausen Eggenstein 3:3, 2. Mann. 0:1; Sulach Wülfenthal 2:4, Käferal Jugend — Rader Ludwigs- hafen Jugend 0:2.

WER SICH

politische und volkswirtschaftliche Bildung aneignen und auch über alle wichtigen Begebenheiten der Welt schnell und zuverlässig informieren will, der abonniere den sozialistischen, werktätlich erscheinenden

VOLKSFREUND

Derselbe wirkt aufklärend und belehrend im Dienste der Allgemeinheit und ist wegen seiner großen Verbreitung ein sehr vorzügliches Insertions-Organ



Fußballabteilung des Ring- und Stimmklub Darlanden

SV. Grünwinkel 0:1, 2. Mann. 1:5. Das Treffen fand am Ostermontag in Darlanden statt. Gleich zu Beginn war zu sehen, daß Darlanden gegenüber dem ersten Vorstoß gegen Grünwinkel, eine heftigste Formverweigerung erwidern hat. Ein lebhaftes Spiel setzte ein und wurde dieses auch bis zum Schluss beibehalten. Beiderseits wurden hübsche Sachen herausgearbeitet und wenn Darlanden weiterhin sich behauptet, so zu spielen wie es am Sonntag der Fall war, dann kann es bald den Kampf mit seinem Nachbarn in punkto Spielstärke aufnehmen. Die 2. Mannschaften trafen sich vorher. Es ist ein ruhiges Spiel zu verzeichnen. Obwohl die Gäste mit 6:1 Toren siegen konnten, wird sich die 2. von Darlanden anstrengen, in Zukunft besser abzuspielen.

Darlanden 3. — Grün-Weiß Mühlburg 3. 0:7

Hier bewies der Gast, daß er in spielerischer, wie in technischer Hinsicht, den Einheimischen gegenüber viel voraus hat. Darlanden wird bestrebt sein durch ernsthaftes Training, diese Scharte auszuweichen.

SV. Haagsfeld — FC. Vörrach 3:3 (1:1).

In Haagsfeld trafen sich bei schönem Frühlingswetter obenbenannte Gegner. Die Gäste bestritten den vorläufig und spielerisch vollen Sieg. Die besten Mannschaften sind Torwächter und Rechtsinnen. Alle übrigen Spieler sind ein guter Durchschnitt. Eine glückliche Dame in der weiteren Zusammenstellung und Vörrach wird ein beachtenswerter Gegner abgeben. Haagsfeld hatte einen schwarzen Tag. Genügend schwache Momente sind in der Mannschaft; es ist Zeit, daß sich die Vereinskassen umsehen, um diese Schwächen auszumachen. Spielverlauf: Ein Reichen des Anstellers eröffnet den Kampf. Es entwickelt sich ein faires Treffen. Vörrach wird bedrängt, doch haben sie eine Verteidigung stehen, die alle Lagen klärt. Gleich legt der gute Vörracher Torwächter eine Probe seines Könnens ab. Auf der Gegenseite beweist aber auch der Heiligenschein der Einheimischen seine Kunst. Auf und ab wagt der Kampf. Vörrach gewinnt an Boden. Ihre Stürmerreihe kommt gut durch und erzielt durch seinen linken Flügelstürmer das erste Tor. Schöne Sachen werden beiderseits herausgespielt. Der Gastetorwart ist oft der rettende Engel für seine Farben. Abermals kommt Haagsfeld durch und erzielt kurz vor Halbzeit den Ausgleich. Die nach der Pause erwartete Ermüdung der Gäste trat nicht ein. Mit vorbildlichem Kampfeswillen waren dieselben jetzt auf. Ein Handelfmeter wird von Vörrach schon vorgetragen. Was keine Beute der Verteidiger wird, hatten die Torwächter, oder Komet weiß den beigemehrten Sachen den Weg ins Aus. Haagsfelds Sturm arbeitet endlich besser. Zwei weitere Tore sind die Belohnung. Vörrach gibt den Kampf nicht auf. Energetische Angriffe lassen sie folgen. Rechtsinnen ist treibender Faktor. Zwei Tore holen sie noch auf. Haagsfeld hat keine Minuten zu besteben, doch wird am Resultat nichts mehr geändert. Ein dem Arbeiterport würdiges Treffen fand seinen Abschluss. Ein Wiedersehen in Vörrach möge bald stattfinden, um einen allgemeinen Wunsch zu erfüllen.

Aus anderen Sportverbänden

Fußball. FC. Frankfurt — VfL. Neckarau 4:1, SpVgg. FfH. — VfL. Stuttgart 4:0, VfL. Mannheim — VfL. Saarbrücken 0:3. — Reizspiele: Phoenix Karlsruhe — Kickers Offenbach 1:2, Rader München — VfL. Heilbronn 3:2, FC. Frankfurt — VfL. 6:2, Borussia Rheine — Stuttgarter Kickers 2:2, VfL. Köln — Stuttgarter Kickers 0:3, SpVg. Elberfeld — FC. Ingold — Sportklub Freiburg 1:1, Phoenix Karlsruhe — Frankonia Karlsruhe 1:1.

Aus aller Welt

Eine Statistik über den Tod in den Bergen

Basanne, 14. April. Von Anfang 1923 bis Ende 1925 ereigneten sich in den Schweizer Alpen mit Einschluß der Berge Hoch-Savoyens und des gesamten Mont-Blanc-Gebietes 112 Unfälle, bei denen 138 Personen den Tod fanden. 1923 ereigneten sich 33 Unfälle mit 43 Todesopfern, 1924 31 Unfälle mit 40 Todesopfern und 1925 48 Unfälle mit 55 Todesopfern. Die Zahl der Todesfälle, die auf Tollkühnheit und vollständige Unkenntnis der Gefahren der Berge zurückzuführen sind, ist erschreckend groß. Vor allem die Ausländer, besonders Deutsche und Oesterreicher begeben sich leichtfertig auf Bergtouren. Eine beträchtliche Zahl von Unfällen ist auch auf Unkenntnis der Verhältnisse in den Bergen zurückzuführen, auf mangelhafte Ausrüstung, Ueberschätzung der eigenen Kräfte usw. Von den Unfällen während des Winters stiehn 13,5 Prozent mit 18 Opfern Skifahrern zu, ohne daß Leichtfertigkeit oder unrichtige Beurteilung der Wetter- und Schneeverhältnisse vorlag. Von den Unfällen im Sommer ereigneten sich 11,7 Prozent mit 14 Opfern beim Hinuntersteigen durch Touristen. Der Steinfall löstete aber Personen das Leben, sechs Personen wurden durch herabstürzende Steinmassen getötet, drei rutschten auf eisigen Gestein aus. Ein Tourist wurde vom Blitz getroffen.

Tödlicher Boghieb

Berlin, 19. April. Bei einem „freundschaftlichen“ Boxkampf, der in einem Hausflur der Schulstraße ausgetragen wurde, erhielt ein 17jähriger Arbeiter von einem 13jährigen Schüler einen so heftigen Schlag gegen die Brust, daß er bewußtlos zusammenbrach. Auf der Rettungswache konnte nur noch der Tod des Arbeiters festgestellt werden.

Weibliche Vikare in Preußen

Der preussische Kirchenrat beabsichtigt, das Amt einer sogenannten „Vikarin“ zu schaffen. Diese weiblichen Theologen sollen jedoch von der Gemeindepredigt und der Verwaltung der Sakramente ausgeschlossen bleiben und lediglich zu Bibelstunden, zur Lehrtätigkeit im Kindergottesdienst und zur Seelsorge an der weiblichen Jugend und in Frauenabteilungen der Krankenhäuser und Gefängnisanstalten Verwendung finden. Die Entscheidung wird in einer außerordentlichen Generalsynode fallen, die am 23. und 24. April in Berlin stattfindet.

Die Drei-Uhr-Polizeistunde in Berlin

Ueber die Wirkungen der auf 3 Uhr nachts verlängerten Polizeistunde hat der preussische Innenminister dem Landtag eine Denkschrift überreicht. Sie rüht sich auf Beobachtungen, die in der letzten November- und in der ersten Märzwoche, also zu Monatschluß und Monatsbeginn, angestellt wurden. Von den in Berlin vorhandenen 14 686 Gast- und Schankwirtschaften, von denen 13 971 die Erlaubnis zum Ausschank von alkoholischen Getränken haben, waren von 2-3 Uhr nachts im November etwa 2238, im März etwa 2774 stillgesetzt. Die Zahl der Gäste betrug täglich im Durchschnitt 30 198 (November) bzw. 41 676 (März). Danach haben durchschnittlich 16 bzw. 18,4 Prozent aller Betriebe in Berlin von der verlängerten Polizeistunde Gebrauch gemacht. Die meisten Betriebe blieben stark unter diesem Prozentsatz. Die meisten Betriebe machten am Freitag, dem Tag der Lohnzahlung, und am Samstag von der verlängerten Polizeistunde Gebrauch.

35 Personen totgetreten

In dem indischen Städtchen Hardwar am Ganges, das rund 25 000 ständige Einwohner zählt, finden gegenwärtig grobe religiöse Feierlichkeiten statt, die sich nur alle 12 Jahre wiederholen. Der Andron der Bilder war so ungebührlich, daß ihre Zahl auf über 500 000 geschätzt wird, die gleichzeitig in dem Städtchen verammelt waren. Die Folge war, daß 20 Männer und 15 Frauen zu Tode getreten wurden.

Reudell & Reudell.

Der Bruder des Milliers v. Reudell kam unter rascher Beförderung vom Regierungsrat zum Ministerialrat ins kaiserliche Amt.



Veckermwirtschaft! — Kein Bauer, das ist ganz was anderes!

Unterhaltung und Belehrung

Das Selbstmörderschiff

Novelle von Fritz Rosenfeld

(Nachdr. verb.)

Da knallt es, dumpf, arell. Ueber das Deck fliehet Blut. Die Hitze ist bis ins Blut gestiegen. Hatte es heißer durch die Pulse gejaht. Das Warten hatte den siedenden Leib ausgedöhnt. Das Bild des Hungers stand riesengroß da, ausgegeretete Leiber, die sich auf ausgemergelte Leiber stützten im letzten Hungertampf. Die Sonne, ein riesenhafter Laib Brot, hing am Himmel und lachte höhnisch. Und ihr Lachen verdoppelte ihre Glut. Tief und tiefer fröstelt sie sich.

Wenn man nur auf einen Eisberg aufsteigt! Wenn die Planeten endlich nachgeben! Dieses elende alte Wrack kann doch nicht für die Ewigkeit gesimmert sein!

Was, Ewigkeit, Was, Leben. Wir sind ausgefahren, den Tod zu zwingen! Verflucht noch einmal, den lassen wir uns doch nicht nehmen.

Der Indier hatte einen Revolver bei sich gehabt. Allem Uebereinstimmen entgegen, das den Siebendundredrig verbot, ließst Hand an sich anlegen. Und das heiße Blut hatte seine Hand in die Tasche gejaht, hatte den Hahn gespannt, und die heiße Hand hatte das kühle Eisen an die Schläfe gedrückt, in der der Blutstrom am heftigsten pochte.

Quer über das Deck lag der Indier. Sein Blut rann über die Ratten. Und erstarbte zu einer dunklen Kruste.

Seinen Kopf bestiegen sie auf einem zusammengelegten Segel. Die Wunde schloß immer noch dunkles, rotes Leben ans Licht. Die Augen hatten Glanz und Sprache. Die Lippen, fast, fast blau, bebten leise. James Steple hing den Blick auf. Den letzten, der um Verzehrung bat. Für die Flucht vor dem Warten.

Verzeihung. Woher dies Wort? Aus einem Abgrund der Seele, wo es neben jenem stand, das sie nie ausgesprochen hatten. Verzeihung ist nur, wo Liebe ist.

Und kann Liebe sein, wo das schwarze Banner weht? Afrid wüßte dem Toten das Blut von der Stirn.

Ueber die „Alalantia“ schob der schwarze Schatten der Fährte, die dem Schornstein entquillt. Der Tod grüßte von dort oben. Das Wesen ging wieder um. Es hatte sich verzerrt gehalten, jawohl. Aber es war nicht geschwunden. Man konnte den Geist vergessen. Aber man konnte ihn nicht vom Schiffe trennen. Hier mitten im Atlantik.

Wieder tropfen Taue ins Meer der Unendlichkeit. Langsam, drückend, ereignislos.

Da rief eines Tages James Steple die fünfundredrig an den Bord.

Er stand im Schatten der Deckkante. Sein Haar war verwildert, unstill flackerten die Augen.

„Wir haben keine Kohle mehr“, sagte er kurz und scharf. Das Wort lag wie ein Stein in der Mitte des kleinen Kreises. Wer wollte es aufheben, es hinrollen zur Reeling und ins Meer versenken?

Drei Tage noch, und die „Alalantia“ steht wie ein Block auf einem Fied und dreht sich im ewigen Kreis, um sich. Jeder der Sechsendredrig sieht diesen Kreis. Der sich dreht, der sich wie ein Drillbohrer in seinen Kopf senkt und durch den Kopf und durch den Leib bis zum Herzen, und das Herz zerfleischt.

Der Kreis malte runde Flecken der Angst auf ihre Gesichter, die aufflammten, als eine Stimme sie trat:

„Seig, seig, seig seid ihr! Wasu dieje endlose Fahrt? Gut, das hat Ansehung alle Kohle gefressen. Gut, daß eure Leiber bald den ganzen Frostfang verschlungen. Dann ist doch endlich alles zu Ende. Dann hatten wir doch ein Ziel. Dann erschlaßen wir doch endlich dieses furchtbare Warten, dann zerfleischern wir doch endlich diese endlose Stille.“

Alle Blide stoben an dem Rande. Nach er sprach. Vor den Augen wich er zurück. Nun wußte er, daß er an das Tiefste gerührt, das Tiefste verlegt hatte. Das er die Wunde in den Herzen der Sechsendredrig aufgerissen.

„Hier erkaufen wie blinde Katzen! Nach einem Leben der Qual hier zu erkaufen wie blinde Katzen! Ich habe die Bestien des Urwaldes getötet. Ich habe das Fürchterlichste durchschritten, um hier hilflos zu erkaufen wie blinde Katzen! Ich wollte den Tod wie einen stolzen Feind herausfordern und mit ihm ringen. Ich wollte ihm entgegenfahren, daß er mit nicht entzinnen kann — und soll hier erkaufen!“

James Steple sah im Kreis umher. Die Worte hatten nach auf den Gesichtern. Aus Angst flüchteten sie sich in billige Helmschilde. Die im Kampf nicht handhabten, sie wollten Selbsttode sterben, weil sie den Tod fürchteten. Noch stand hinter ihrem furchtbaren Entschlus die Eitelkeit. Noch hofften sie zuviel!

Da machten die Sechsendredrig Segel. Suchten aus allen Winkeln der Jagt große Lächer zusammen, Segelstücke, und nähten. Sahen auf dem Deck der „Alalantia“ und nähten Segel. Nähten Segel, um dem Tode zu entkommen. Die Sechsendredrig, die ausgefahren waren von Santa Cruz, um den Tod zu suchen.

Und wußten nicht, wie blind sie irren, heute wie damals. Auf dem Wege in ihren ersehnten, gefährlichen Tod irren, wie sie auf ihrem Wege durch das gebaute, geliebte Leben geirrt.

Am nächsten Tage tauchte am Rande des Horizonts ein weißes Etwas auf. Die Fernrohre trafen sich in den gitternden Körper, tasteten sein zähes Umrisse ab. Weiß schimmerten seine Flächen, wie in einem fohrbaren Diamanten brannte die Sonne in ihm Millionen Feuerwerke ab.

Die „Alalantia“ floh auf den Eisberg zu. Kürzer und kürzer wurde die Entfernung zwischen dem Eisberg und der „Alalantia“.

Dreiundredrig standen an Bord und stierten hinüber. Drei standen unten, zwei von ihnen schaukelten die letzten Kohlen in den Wägen und wußten nicht, daß der Tod so nahe war, über ihren rühnen Köpfen.

Nun war er da, nun stand er ihnen gegenüber. Weiße Gewänder hatte er angezogen, weiß funkelten seine hohen Augen, in stolzer Majestät redete er sich aus den Wassern auf.

Der Eisberg kam näher und näher.

Wie aus Glas geschiffen stritten seine Flächen der Sonne entgegen. Ein Blitzen wie tausend hunte Lichter sendete er den Dreiundredrig entgegen als Gruß. Ein paar Vögel kreisten um ihn, wie die Moten um sommerliches Abendlicht, als fürchteten sie sich, sich ihm zu nähern, um nicht in seinem tausendfältigen Funkeln zu verbrennen.

Dreiundredrig stritten auf das blinkende Wunder. Versagten, daß sie kein Steuer hatten, versagten, daß ihr Schiff mit der Kraft der letzten Kohle dem Eisberg zulagte.

Die Kräfte abhebt, die Maschinen gespannt, die Augen geschlossen, und gerabaus ins Nichts.

Bergaben, um wezentwillen sie abzufahren von Santa Cruz, in der Stunde der Mitternacht, ohne Kompaß und ohne Karte. Standen da, sahen das Wunder, sahen sich an, sahen den Vögeln nach, die um den Eisberg kreisten.

War das doch aus allem Leben gehoben in eigenes Leben. Stand das doch da in kolter Einsamkeit, wehte doch aus diesem weichen Wesen die Natur all ihre Kraft ihnen entgegen — weiße Wundergebilde zu schaffen im Eisbruch des Nordens und sie zu schmelzen in der Glut des Südens. Keine Frage nach dem Wasu durfte diesen Augenblick fären. Ausgespöht waren Ursache und Zweck. Da stand das Leben selber, triumphierend, in gigantischer Größe.

Näher und näher fuhr die „Alalantia“ an den Eisberg heran.

Da sahen die Dreiundredrig, daß seine Flächen funkelnde Furchen hatten, aufgerissen in Unachtsamkeiten, deren Gewalt man kaum ahnte. Sahen sie, daß eben durch diese tausend zerfurchten Flächen und Flächchen das tausendfältige Funkeln geboren wurde, das bunte Licht entfiel, das auf einer glatten Fläche niemals so herrlich gewesen.

Bläulich war die Angst da. Noch stritten sie auf den Eisberg. Keiner wagte den andern anzusehen. Gradus stritten sie. Wie die Richtung ihrer Fahrt geben sollte. Dort war das Ziel. Und die „Alalantia“ fuhr darauf los. Aller Traum war erfüllt. Ein Sinken, ein Gurgeln, und alles war ausgelöst. Herrlich war der Tod, weh in weichen Schleiern, funkelnd wie die ewige Sonne, herrlicher als ihr Auge je etwas erblickt. Herrlich war der Tod.

Da stand schon die Angst unter ihnen. War der Tod eingeschlossen in diesen tausend zerfurchten Spalten? In den zerfurchten Dingen des Eistostes? War dieses altbekannte Weiß das Nichts, das Ende, das berittliche, das eisfalte, das unheimlich herrliche Ende?

Schon war die Angst Siegerin. Die Angst trieb die Dreiundredrig schon zusammen wie die Rüsteln unter die Fittiche der Sonne. Aneinander wollten sie sich wärmen vor dem Eisbruch des Berges. Rat suchten sie einander und dem Wesen entfielen, das in allen Augen des Schiffes leuchtete.

Einer jagt hinunter in den Kesselraum. Vier Hände stießen die Schaufeln sinken. Bozen an Hebeln und drückten auf Taster.

Sechsendredrig standen und luaten angstbange Tunes dem Eisberg entgegen. Noch ein paar Minuten und die „Alalantia“ mußte an ihm zerbrechen. Das Steuer — flüchte ein Gebante durch die Birne. Hi tot, folgte die Antwort.

(Fortsetzung folgt.)

Normalisierung der Radio-Industrie

Die Diskussion über die Probleme der Normalisierung, der Serienherstellung und der Abkehr für Gebrauchsgüter, die heute in sehr lebhaft und leidet die Aufmerksamkeit auf die für die wertvolle Bevölkerung in Betracht kommenden Interessen. Bei der Herstellung der am meisten gebrauchten Radioteile zur Selbstmontage von Geräten ist die deutsche Industrie nach dem vor drei Jahren einsetzenden schnellen Aufstiege in das Gebiet der Fabrikation nach individuellen Gesichtspunkten verfallen. Zwei Jahre lang ist für Normalisierung und Serienfabrikation nichts mehr getan, sondern von den von den Fabriken entweder nach Mustern, die aus England bezogen wurden, oder nach Erfindungen, die von den Großfirmen in ihren Laboratorien gewonnen wurden, gebaut worden. Heute noch liegen Bestände der im ersten Jahre hergestellten Modelle werlos herum, die nicht wenig dazu beitragen haben, die Radiotechnik zu diskreditieren.

Der Vergleich mit England leidet ebenfalls, das dort bei erheblicher besserer Qualität und ungleich größerem Materialaufwand (besonders an Wellen und Kupfer) eine durchschnittlich viel billigere Serienware hergestellt wird, weil eben die Normalisierung der Einzelteile und der Massenabfertigung gründlicher durchgeführt und organisiert sind. Ferner ist in England das bei uns zum Teil geübte System der Geheimhaltung von neuen Schaltungen und Verbesserungen und von Daten und Werten neuer Einzelteile völlig unbekannt. Die Fabrikanten sind im Gegenteil froh, wenn ihre neu herausgegebenen Geräte von den Rüstlern schnellstens nachgebaut werden, sobald aus Gründen der Reklame als auch, weil dadurch ein größerer Absatz von Einzelteilen erfolgt. Gerade wenn kein Monopol bindend im Wege steht, wird ja den wertvollsten Erzeugnissen der Sendetechnik der größte Absatz verschafft.

Kulturbeiräte

In diesen Tagen wird das Volk mit den Namen der zu Kulturbeiräten ernannten Personen beglückt werden. Es ist grotesk, in welcher Form sich diese Dinge vollzogen haben, und welche Auswirkungen man von ihnen erwartet. Stellen wir zunächst einmal fest: Bei der ungeheuren Vielheit, die den Gesamtinhalt eines heutigen Rundfunkprogramms darstellt und anlässlich der Tatsache, daß das Mikrophon je nach Art seiner Beeinflussung Millionen vergisst oder bereichern kann, ist es klar, daß den einzelnen Sendegesellschaftsleitern nicht mehr allein die souveräne Macht der Programmabstimmung überlassen werden kann. Es hat denn auch zahlreiche Vergleiche gegeben. Um ihnen aus dem Wege zu gehen, entschloß man sich zur Institution der Kulturbeiräte. Anstatt nun aber diese höchwichtigen Posten nach demokratischen Prinzipien von Körperschaften und Gruppen wählen zu lassen, die irgendwie dem Rundfunk nahesteht, hat man in der Offensivität von diesen Vorgehens überhaup nicht gemerkt. Es hat sich alles in der geheimnisvollen Stille verschwiegener Amtsübungen vollzogen. Wir werden einmal, wie schon oft, vor eine vollendete Tatsache gestellt!

Die neuen Männer werden kommen. Damit müssen wir uns abfinden. Wer nun aber glaubt, daß diese „Kulturbeiräte“ irgend einen kulturellen Einfluß ausüben können, der hat sich gewaltig geirrt. Nach den bestehenden Bestimmungen sind diesen Beiräten tatsächlich völlig die Hände gebunden;

sie haben nur eine Meinung, aber kein Amt. Sie können den Inhalt eines Programmes beanstanden, sie können selbst Vorschläge machen; die endgültige Entscheidung über Anträge und Einwürfe liegt jedoch nach wie vor souverän in den Händen der Sendebetriebsleitung. Welchen Sinn haben da überhaupt noch die Kulturbeiräte?

Reichweite des Langenberger Senders

Das deutsche Konsulat in Colombo auf der Insel Ceylon hat unter dem 16. März mitgeteilt, daß der deutsche Rundfunksender Langenberg in Colombo von verschiedenen Rundfunkfreunden abgehört wurde, und daß nicht nur Bruchstücke des Programms, sondern auch die einzelnen Vortragsankündigungen deutlich aufgenommen worden seien. Die Entfernung von Langenberg nach Ceylon übertrifft noch bei weitem diejenige über den atlantischen Ozean nach Amerika, und es ist erstaunlich, daß gerade in diesem tropischen Gebiet der Empfang aus Europa so günstig ist, während die Aufnahme des englischen Großsenders Dagenbury in den oberhalb Ceylons liegenden Gebieten Britisch-Indiens oft enttäuscht. Auch aus anderen nähergelegenen Ländern geben viele schriftliche Anerkennungen der Reichweite des Langenberger Senders ein. In Trondheim in Norwegen — 1100 Kilometer von Langenberg entfernt — wird die Station ohne Fading mit Kristall-Detektor-Apparat empfangen und als bester Sender Europas bezeichnet. Eine ähnliche Meldung liegt vor aus Bukarest und aus Dnepropetrovsk, früher Zefaterinburg am Ural, aus Aleksund in Norwegen und Newmarket bei Cambridge. Auf dem Arlberg in Tirol wird die Station mit einer Erdantenne und einem Einrohrgerät im Lautsprecher empfangen. 5 Kilometer vom Zürcher Sender entfernt hört man Langenberg mit derselben Lautstärke wie in Holland, und der beste Ergebnis wird gemeldet aus Eindhoven in Holland, wo der nachbarliche Sender Hilversum sogar leiser sein soll als Langenberg. In Wien hört man mit dem Detektorapparat Langenberg sogar in Nord- und selbst in Westfrankreich mit dem Detektor aufgenommen wird. Ein Arzt in Cannes schreibt, daß in jeder Beziehung unerhörte starke Kraft — Tonfülle, Reinheit, kein Fading — erreicht wird und daß die Darbietungen kolossal seien.

Konzert-Rückblicke

Inan Manen ist wohl einer unserer größten Geister. Alles an ihm ist vollendet. Die erregende und belebende Kraft, die von der Manenischen Kunst ausgeht, zwingt zu dankbarer Bewunderung. Mit seiner kristallinen Grifftechnik seiner gelenkigen von allen Bewundern losgelassen ruhigen Hand stellt er aus innerster Versuchung die Ebenmäßigkeit dar. In der Musikernatur in prächtiger Ebenmäßigkeit. In der prächtigen Wiederholung des Mozart-Konzertes konnte man wieder einmal seine reine Freude, seinen ungetrübten Genuß haben. Manen hat einen sonoren, weichen, geistlichen völlig schadenfreien Ton, der manchmal jährenhaft klingt. Der Spanier spielt Mozart mit hinreichendem Ausdruck, jedoch nicht in verärbeter Form, alles in innige Wärme getaucht und doch kraftvoll. Leider bekam man das D-dur Konzert nur mit Klavierbegleitung zu hören. Man sollte einmal Manen für unsere Sinfonistkonzerte verpflichten.

Konzert Trino Jenny-Hanna Stoecklin. Zwei Baslerinnen stellten sich im Künstlerhaus vor. Trino Jenny hat einen tragablen vollen Sopran, der am Konzertabend ausnehmend etwas verflücht war. Die Schweizerin sang Courvoisier, Brahms und Lieder der Helvetier Schoed und Emil Fren. Ihre Vortragsweise ist belebt, das machte die Freuden Lieder einigermaßen annehmbar. Des gleichen Komponisten Klavier-Variationen über „O Haupt voll Blut und Wunden“ können sich ihrer unruhig wechselnden Alterationsaffordil und Modulation wegen nicht zu plastischer Formung verdichten, das Thema fordert eine Grundsteinlegung, die dem Komponisten noch nicht beigegeben ist. Hanna Stoecklin hat virtuos gespielt. Was sie interpretierte war technisch gut gefüllt.

Passions-Konzert. Alle unsere Kirchenhöre in der hiesigen Stadt haben auch mit den bekannten Nöten der Zeit zu kämpfen. Aus unbegreiflichen Gründen sind die Kirchenbehörde diesen einigen Trägern der Kirchenmusik die kalte Schulter. Es werden für jeden Kirchenghor wenige hundert Mark jährlich ausgemessen für die Konzertaufführungen, Beschaffung des Dirigenten, Beschaffung von Notenmaterial muß der „Berein, aufkommen. Nicht minder unwürdig ist die Beschaffung der Organisten, die für einen Gottesdienst etwas über drei Mark erhalten. Dieses konervative Gebahren, das beispielsweise bei Pfarrhausneue- und -umbauten nicht so merkwürdig in die Erscheinung tritt, wird sehr bald einer gedeihlichen Pflege der Kirchenmusik im Wege stehen. Es ist deshalb dem Verein für evangelische Kirchenmusik hoch anzuzurechnen, daß er, trotz Mangel, immer noch konsertiert. Magda Strada sang im letzten Passionskonzert Rheinberger und Bach. Der nächste Akt, ihre geklärte Kunst der Darstellung, die immer intellektuell hart durchdringt ist, die vorzügliche Textbehandlung prädestinierten Magda Strada zu einer gefühlsvollen Kirchenliedern. Herr Mann hat seinen Chor in außer Disziplin. Er singt wohlklingend, weich und mit großer Parteilichkeit. Herr Vogel bewährte sich wie immer an der Orgel.

Frühjahrskonzert des Gesangsvereins Postalia Karlsruhe. Die jugendfreudige und horlich aufeinander sehr gut abgestimmte Sängerschar der Postalia sang sich durch die einfachen, stimmungsgemäß sehr ansprechenden musikalischen Inspirationen der zum Vortrag gebrachten Lieder von Beethoven, Loewe, Schumann, Schubert, Heim, Zureich, Brahms und Kreutzer in die innere, mit dem Herzen zusammenklingende Anschauung der aufmerksam lauschenden Besucher ein, die den kleineren Feinheitsgrad vollständig beiseite ließen. Dem mit selbstiger Feinheitsgrad, maßvoll und beherrschend dirigierenden Herrn M. Greulich muß als musikalischen Leiter und Einstudierer der Lieder alle Anerkennung gesollt werden, daß er so eindrucksvoll differenziert und empfindungsreich schattiert die einschmeichelnden musikalischen Werte der Kompositionen aus den stimmlich veranlagten und disponierten Sängern heraus zu holen versteht. Besonders Singen wie eine gute Aussprache wirkt bei den Sängern besonders imnachbarlich. Die Wirkungen der Darbietungen war so, daß man sich kleinerer Uebel der Auffassung wie des Rhythmus und des besetzten Miterlebens gern nicht mehr erinnert. Eine weiche, sarschöne, klarschöne Stimme besaß Fräulein L. Fertig, die sich sofort Aufmerksamkeit und Anerkennung der Anwesenden zu erobert in der Lage war. In der Beethoven'schen Sonate G-moll, opus 10, Nr. 1, wirkte sich das tiefenreichere pianistische Empfindungs- und Ausdrucksvermögen des Herrn Friedrich Linnebach zu einer schätzenswerten Leistung aus. Die geklärten musikalischen Abendstunden waren durch die Art der Zusammenstellung der Darbietungen wie ihrer glänzenden Wiederabe ein reichhaltiges Ragout erquickender und belebender Genüsse.

Sozialdemokratie und Kirchenvermögensgesetz

Ein Rede des Abgeordneten Dr. Marum im badischen Landtag

In der Landtags-Sitzung vom Donnerstag, 31. März, fand die erste Lesung des Kirchenvermögensgesetzes statt. Im Auftrage der sozialdemokratischen Landtagsfraktion begründete Abg. Genosse Dr. Marum die Stellung der badischen Sozialdemokratie zu diesem Gesetz. Wir geben die Rede des Gen. Dr. Marum nach dem amtlichen Stenogramm wieder:

Abg. Dr. Marum (Soz.):

Die Stellung, welche von Seiten der sozialdemokratischen Fraktion dem Gesetzentwurf gegenüber eingenommen wird, stützt sich auf die Grundzüge, welche das Seidelberger Programm unserer Partei in gleicher Weise ausdrückt, wie sie schon in früheren Programmen unserer Partei enthalten waren. Hinsichtlich der Kultur- und Schulpolitik, insbesondere hinsichtlich der Kulturpolitik, bejaht dieses Programm der sozialdemokratischen Partei:

„Jede öffentlich-rechtliche Einflüsse von Kirche, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auf die öffentlichen Einrichtungen für Erziehung, Schulung, Bildung und Forschung ist zu bekämpfen; Trennung von Staat und Kirche. Keine Ausübung von öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke.“

Das sind die Grundzüge, von welchen wir ausgehen, wenn wir die Frage dieses Kirchenvermögensgesetzes und überhaupt die Fragen der Stellung von Staat und Kirche zu einander betrachten. Wir sind der Meinung: Staat und Kirche sollen getrennt werden, das heißt, es soll jede Einflüsse der Kirche auf staatliche Einrichtungen vermieden werden und es soll jede staatliche Einflüsse auf die Kirche vermieden werden. Die Kirche soll das Recht haben, ihre Angelegenheiten vollständig frei und selbstständig zu ordnen, ohne daß irgend ein Aufsichtsrecht des Staates gegenüber der Kirche besteht; es soll keine Staatskirche bestehen.

Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, hat die sozialdemokratische Partei — insbesondere seit dem Jahre 1918, seitdem sie im Reich und in den Ländern aktiven Einfluß auf die Gesetzgebung und auf die Verwaltung hat, seitdem wir überhaupt erst in Deutschland ein parlamentarisches Leben im eigentlichen Sinne des Wortes haben — ihren Standpunkt eingenommen.

Nun lassen sich zwei Arten der Lösung und Durchführung dieses Grundgedankes der Trennung von Staat und Kirche denken; ich möchte sagen: eine stufenweise und eine allmähliche Durchführung oder eine revolutionäre und eine evolutionäre. Das Problem dieser Durchführung der Trennung von Staat und Kirche hat natürlich verschiedene Seiten; „Trennung“ bedeutet einmal Befreiung der Kirche von den Fesseln des Staates — sie bedeutet auf der anderen Seite aber auch Befreiung des Staates von der Bindung an die Kirche.

Nun könnte man sich vorstellen, die ganze Frage werde in der Weise gelöst, daß man sagt, die Trennung könne nur parti passu vor sich gehen, das heißt, nur gleichzeitig damit, wie die Lösung der Kirche von den Fesseln des Staatsstrukturs sich vollzieht, könne auch der Staat von den Bindungen an die Kirche gelöst werden. Das ist der eine Weg, der gegeben ist.

Der andere Weg, der gegangen werden kann, und der seit dem Jahre 1919 beschritten wurde, ist der, daß man die Lösung des Problems stufenweise, schrittweise durchführt, indem man sagt:

Wenn ich doch im Ganzen die Trennung von Staat und Kirche nicht auf einmal durchführen kann, will ich doch versuchen, diesem Zustand, der mir als der ideale erscheint, dadurch näher und näher zu kommen, daß ich schrittweise die Beziehungen zwischen Staat und Kirche löse.

Wir haben uns, wie gesagt, seit dem Jahre 1919 auf diesem Wege befunden — wobei ich allerdings zugeben muß, daß der erheblich geminnende Teil seit dem Jahre 1919 die Religionsgesellschaften gewesen sind. (Zurück rechts.) Ich meine: Seit dem Jahre 1919 haben wir diese Trennung von Staat und Kirche teilweise durchgeführt. Ich darf in dieser Richtung auf die Bestimmungen der Reichsverfassung verweisen; nach Absatz 1 von deren Artikel 137 besteht keine Staatskirche mehr; durch Absatz 2 dieses Artikels wird die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften gewährleistet; der Zusammenschluß von Religionsgesellschaften unterliegt keinen Beschränkungen; ich verweise ferner darauf, daß nach Absatz 3 dieses Artikels jede Religionsgesellschaft berechtigt ist, ihre Angelegenheiten selbstständig zu ordnen und zu verwalten, nur innerhalb der Schranken der für alle geltenden Gesetze. Insbesondere verweise ich aber auch auf die Stellung, welche seit der Beratung unserer neuen badischen Verfassung meine Partei eingenommen hat und die dahin geführt hat, daß in den Vorarbeiten 18 der badischen Verfassung die Befreiung der Religionsgesellschaften von den Fesseln des Staatsstrukturs und die des Staates zu einem großen Teil durchgeführt worden ist. Auch nach badischem Recht verwalte die Kirche frei und selbstständig und im Rahmen der allgemeinen Staatsgesetze seit 1919 ihre Angelegenheiten.

Insbesondere werden die Kirchenämter durch die Kirchen selbst versehen. Die ehemals landesherrlichen Patronate sind aufgehoben. — Sie sehen also, daß seit dem Jahre 1919, auch abgesehen von der Vermögensverwaltung, die Kirche befreit worden ist, und daß sie insbesondere in Baden befreit worden ist.

Nicht in allen Ländern ist diese vollständige Befreiung der Kirche auf diesem Gebiete durchgeführt worden. Ich verweise beispielsweise auf die Presseörterungen, die gerade in den letzten Tagen sich in Würtemberg an die Besetzung des Bischofsstuhles von Kottbusch geknüpft haben und aus denen zu ersehen war, daß zwischen der Kirche und dem Staat Würtemberg noch die Vereinbarungen, wie sie auch früher in Baden bestanden haben, und das Recht des Staates, wie es früher nach der Bulle Ad dominici gregis custodiam von 1821 bei der Besetzung des Bischofsstuhles in Freiburg bestand, daß dieses Recht in Würtemberg zu einem gewissen Teil noch aufrecht erhalten worden ist.

In Baden hatte die Regierung früher das Recht, personae minus graue, das heißt Personen, die ihr weniger genehm waren, von der Liste der Kandidaten für den Bischofsstuhl in Freiburg zu streichen. Auf dieses Recht hinsichtlich der Besetzung des Bischofsstuhles in Freiburg hat das badische Volk bei der Schaffung seiner Verfassung verzichtet. Das badische Volk hat weiter darauf verzichtet, in die Besetzung der Pfarreien hineinzugreifen. Mein Herr Kollege waren es 1921 Parteien in Baden, bei denen der Großherzog bis zum Jahre 1918 das Recht der Präsentation des Geistlichen gehabt hat. Man kann also wohl sagen, daß seit dem Jahre 1919 die Befreiung, in welchen die Kirche unter den Zeiten der Monarchie

gelebt hat, beseitigt worden sind und daß die Kirche tatsächlich in außerordentlichem Maße befreit worden ist. Ein altes Sprichwort nebt dahin, daß unter dem Krümmling es sich auflebt (Sehr richtig! beim Zentrum). Man könnte dieses Sprichwort, was die Verhältnisse der Kirche angeht, dahin variieren, daß unter der Republik es sich für die Kirche auflebt (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Abg. Seubert: Abwarten!) und daß auf jeden Fall die Lebensarten, möchte ich sagen, die früher über die „Religionsgesellschaft“ der Sozialdemokratie gebraucht worden sind, durch die Tatsachen und durch die Politik der letzten acht Jahre ad absurdum geführt worden sind (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und in der Mitte) und daß man insbesondere,

„jeweils im Reich, wie in Baden, wenn man mehrheitsgemäss ist, nicht mehr davon sprechen kann, daß die Sozialdemokratie religionsfeindlich sei.“

(Zurück zum Zentrum.) Die katholische Kirche hat, was ich ihr durchaus zum Lob anrechnen, es auch verstanden, sich seit dem Jahre 1918 auf den Boden der Tatsachen zu stellen und die Beziehungen mit dem neuen Staat und mit der neuen Republik aufzunehmen. Ich bin sicher, daß sie hinsichtlich ihrer Verwaltung, hinsichtlich ihrer Freiheit keinen Schaden davon gehabt hat. Man hat in den letzten Wochen und Monaten den Eindruck gehabt, daß allmählich, wenn auch sehr langsam, auch die evangelische Kirche dazu kommt, sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen und sich mit der Freiheit, wenn auch widerwillig, doch abzufinden, die ihr in der Republik und durch die Republik gegeben worden sind. Ich habe die Hoffnung, daß auch hier allmählich die Zeichen der Zeit verstanden werden und auch hier das Verständnis dafür wächst, daß die Republik in Deutschland und in Baden etwas Endgültiges ist.

Ich sage also, die Religionsgesellschaften sind seit dem Jahre 1918 befreit worden. Ich betrachte den Gesetzentwurf, mit dem wir uns gegenwärtig zu beschäftigen haben, ebenfalls wieder als ein Stück der Verwirklichung des Grundgedankes der Trennung von Staat und Kirche.

In der Erwägung, daß dieser Gesetzentwurf grundsätzlich die Trennung von Staat und Kirche befördert, ist meine Fraktion der Auffassung, daß grundsätzlich diesem Gesetzentwurf zuzustimmen ist.

Wir werden also dem Entwurf, der nach unserer Auffassung übrigens schon durch den Artikel 137 der Reichsverfassung zwangsläufig notwendig geworden ist — denn irgend eine Verbandsangelegenheit muß getroffen werden — grundsätzlich zustimmen.

Was die Einzelheiten des Gesetzentwurfs angeht, so muß ich offen sagen, daß ich der Fassung der einzelnen Bestimmungen dieses Gesetzentwurfs keine allzu große und entscheidende Bedeutung beilege. Wenn auch in den §§ 2 ff. dieses Gesetzentwurfs verschiedene Voraussetzungen für die Befreiung der Kirche, als das Genehmigungsverfahren, und in dem § 6 des Gesetzentwurfs noch ausdrückliche Bestimmungen für den Fall des Widerspruches von einzelnen Verwaltungsbehörden mit Reichs- oder Landesrecht gegeben sind, so bin ich doch der Auffassung, daß alle diese Fragen nicht durch Gesetz entschieden werden können, auch nicht durch den Verwaltungsgerichtshof, und zwar aus folgenden Gründen:

Wenn etwa verschiedene Auffassungen hinsichtlich der in Betracht kommenden Punkte zwischen dem Staat und irgend einer Religionsgesellschaft entstehen, dann kann man diese Fragen, wenn es zum Konflikt gekommen ist, nicht durch irgend welche papierne Gesetze lösen, sondern dann wird auf Jahrzehnte hinaus die Entscheidung darnach getroffen werden, welche Partei die Stärkere ist (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten).

und es wird sich darum handeln, ob der Staat es vermag, sich gegenüber den einzelnen Religionsgesellschaften durchzusetzen.

Ich habe die Hoffnung und den Wunsch, daß der Staat diese Macht hat. (Abg. Dr. Böhr: Wenn er sich nur nicht die Finger verbrennt! — Gegenruf von den Sozialdemokraten.) Es kann auch umgekehrt sein! — (Stade des Präsidenten.) Ich habe die Hoffnung und die Auffassung, daß der Staat diese Macht haben wird. Es wird deshalb nach meiner Auffassung keine entscheidende Rolle, wie man nun im einzelnen eine solche Entscheidung fassen. Deshalb will ich sagen, daß die Anträge, die von der Deutschen Volkspartei gestellt worden sind, für mich die entscheidende Bedeutung, die ihnen offenbar von der Deutschen Volkspartei beigemessen wird, nicht haben. Aber gegen diese Anträge will ich mich aus anderen Gründen wenden. Das Wesentliche ist ja das, was unter II 1 und 2 der Druckfabe Nr. 5e ausgeführt worden ist. Einfließt in die kirchliche Vermögensverwaltung das ist das wesentliche, was hier in dem Antrag neu gefordert ist — das würde nach unserer Auffassung nicht in der Richtung der Trennung von Staat und Kirche liegen, sondern der engeren Verbindung von Staat und Kirche liegen. Wenn wirklich ein Konflikt zwischen Staat und Kirche entsteht, glauben Sie denn wirklich, daß dann deswegen der Konflikt zwischen dem Staat und der Kirche, wie wir ihn hier sehen, daß der Staat das Recht der Einsicht in die kirchliche Vermögensverwaltung hat? Wir werden also gegen die Ziffer 1 sein.

Aber auch die Ziffer II 2 findet nicht unsere Zustimmung. Hier ist das Wesentliche, daß dann, wenn keine Klage von der Kirche erhoben wird oder wenn die Kirche einen Urteil des Verwaltungsgerichtshofs nicht fassen will, das Revisionsministerium des Reichs haben soll, die beantragte Verordnung, Anordnung oder Verfügung für unrichtig zu erklären. Eine solche Erklärung kann von dem Ministerium nach unserer Auffassung abgegeben werden, auch wenn es nicht im Gesetz drin steht (Sehr richtig!). Das ist in dem Ausschuß ausdrücklich, so viel ich höre, erklärt worden. Ich halte es aber für selbstverständlich, daß eine derartige Erklärung abgegeben werden kann.

Im übrigen hätte der Staat, wenn die Religionsgesellschaft sich einem solchen Urteil des Verwaltungsgerichtshofs nicht fügen wollte, auch noch andere Machtmittel in der Hand. Man braucht nur an die Bestimmungen des Landesfürstlichen Feuerzettelgesetzes zu denken, die dem Staat das Recht der Genehmigung des Budgets und der Steuerförmigkeit gibt, jedoch auf diesem Wege der Staat mindestens, wenn es zum Konflikt käme, wirksam seinen Willen durchsetzen könnte. Was die letzte Bestimmung betrifft, die dem Staat das Recht geben soll, die im Interesse der Vermögensverwaltung unerlässlichen Anordnungen selbst zu treffen, so scheint mir sehr fraglich, ob diese Bestimmung mit dem Reichsrecht, den Bestimmungen des Artikels 137, wonach die Kirchen selbstständig ihr Vermögen verwalten, in Einklang zu bringen ist. Ich bestreite das. Aber auch hinsichtlich dieser beiden Punkte wiederhole ich, daß es

uns nicht nötig erscheint, diese Bestimmungen zu treffen, weil sie nicht auf dem Wege der Trennung, sondern auf dem Wege der engeren Verbindung von Staat und Kirche liegen, und weil der Staat andere Machtmittel hat, um im Falle des Konflikts gegenüber einer Religionsgemeinschaft sich durchzusetzen.

Ich komme nun zu den kommunizistischen Anträgen. Die Kommunisten haben zwei Anträge gestellt. Zunächst soll bei dem § 1 eingefügt werden: „Die Religionsgesellschaften sind vom Staat völlig getrennt und erhalten keine finanziellen Zuwendungen von Seiten des Staates.“ Daß die Religionsgesellschaften vom Staat zu trennen sind, getrennt werden sollen, findet durchaus unsere Zustimmung; nur sind wir der Meinung, dadurch, daß man etwa in das Kirchenvermögensgesetz hineinschreiben würde: Die Religionsgesellschaften sind vom Staat völlig zu trennen, dadurch würde die Trennung selber noch gar nicht herbeigeführt (Abg. Bod: Das kommt in zweiter Linie!) Und wenn nun verlangt wird, daß die Kirchen keine finanziellen Zuwendungen von Seiten des Staates erhalten, so entspricht auch das durchaus unserer Auffassung, wie ich sie vorhin entsprechend den Bestimmungen des Seidelberger Programms vorgetragen, und wie ich es auch im Ausschuß ausgeführt habe. Aber wir sind der Meinung, daß dieser ganze Änderungsantrag zu § 1 überhaupt nicht in dieses Gesetz gehört, sondern daß die Durchführung bei den Kirchen bestimmen — zu erfolgen hat, und daß die Bestimmungen des Dotationsgesetzes — zum Beispiel durch Abschaffung des Dotationsgesetzes —, sondern durch einfach bei der Aufstellung und Beratung des Staatsbudgets, nämlich insoweit die Leistungen des Staates nicht auf Geld oder Wertgegenständen, diese Frage zur Entscheidung gebracht werden muß.

In der Erwägung also, daß zwar der Inhalt dieses Antrages unserer Auffassung entspricht, daß er aber hier hinsichtlich dieses Kirchenvermögensgesetzes, das lediglich die Verwaltung der Vermögen der Kirchen betrifft und lediglich bestimmt, daß die Kirchen in der Verwaltung ihres Vermögens frei sind, fehl am Ort ist, werden wir uns bei diesem Antrag der Stimme enthalten. Wir können ihm hier aus dem technischen Formellen Gründen nicht zustimmen, trotzdem wir seinem Inhalt sachlich durchaus beistimmen.

Was nun den zweiten Antrag, den Antrag zu § 7 angeht, wonach die Erwerbung, Veräußerung und Belastung von Vermögen der Kirche, der Religionsgesellschaften, der staatlichen Genehmigung bedarf, so lehnen wir diesen Antrag ab und zwar aus folgenden Gründen:

Was zunächst die Erwerbung von Vermögen durch die Religionsgesellschaften angeht, so verheißt ich nicht, daß die Kommunisten einen solchen Antrag stellen. Der Herr Abg. Bod hat uns ja heute morgen erklärt, daß sie auf dem Standpunkt der Trennung von Staat und Kirche stehen. Dieser Standpunkt bedingt aber die Unabhängigkeit der Kirche und bedingt, daß die Kirchen so wie jeder Privatmann unabhängig (Zwischenruf des Abg. Bod) sein soll und deshalb wie jeder Privatmann, wie jeder Verein, wie überhaupt jede andere Person und Gemeinschaft das Recht haben soll, Vermögen zu erwerben. Das ist die Konsequenz der Auffassung der Trennung von Staat und Kirche. Ihre Auffassung, daß die Kirche zum Erwerb von Vermögen der Genehmigung des Staates bedarf, ist historisch ganz anders zu beurteilen. Ich habe durchaus Verständnis dafür; denn man hat Jahrzehnte hindurch, zum Teil noch viel länger in Deutschland die Auffassung vertreten, daß zu verhindern sei, daß die „tote Hand“ Güter erwerbe. Das ist durchaus verständlich; aber

diese Auffassung hat nicht zur Grundlage den Gedanken der Trennung von Staat und Kirche, sondern hat zur philosophischen Grundlage den Gedanken der Allmacht des Staates auch in den kirchlichen Dingen, den Gedanken, daß der Staat das Recht hat, die Kirche zu beaufsichtigen, und daß eine Staatskirche besteht.

Das ist die philosophische Grundlage für dieses Verbot. Allerdings möchte ich dabei eines sagen: Wenn ich auch der Auffassung bin, daß eine vollständige Trennung von Staat und Kirche bestehen soll, wenn ich auch die Meinung vertritt, daß die Kirche unabhängig und selbständig in der Verwaltung ihres Vermögens ist, so muß ich doch sagen, politisch gesehen ist es durchaus nicht erwünscht, daß die — sagen wir einmal laibliche — Macht der Kirche, wie sie sich in dem Grundbesitz und im Vermögen ausdrückt (Abg. Seubert: Die Freiheit des Individuums!) so stark wird. Es könnte sonst wieder einmal der Zeitpunkt kommen, wie er, auch historisch gesehen, im Mittelalter und später bestand, daß man, philosophisch gesehen in der Zukunft sich gegen diese allmächtige irdische Macht der Religionsgemeinschaften wenden würde.

Was nun den anderen Teil des Antrages der kommunizistischen Partei betrifft, daß die Genehmigung des Staates zur Veräußerung und Belastung des Vermögens notwendig sein soll, so widerspricht dieser Antrag, ebenso wie das Verlangen hinsichtlich der Erwerbung, der Reichsverfassung, Herr Abg. Bod, wir wollen einmal annehmen, der Antrag würde angenommen werden, es würde hier in das Gesetz hineingeschrieben werden, was wäre damit gewonnen? Geht nichts; denn die Religionsgesellschaften bräuchten sich um diese Gesetzesbestimmung überhaupt nicht zu kümmern und kein Gericht würde sich darum zu kümmern brauchen aus dem einfachen Grunde, weil in der Reichsverfassung im Artikel 137 das Gegenteil davon steht, und weil das Land Baden nicht in der Lage ist, ein Gesetz des Reichsrecht widersprechende Bestimmungen in das Gesetz aufzunehmen. Der Antrag wäre also vollkommen wirkungslos.

Im übrigen hat dieser Antrag nur Bedeutung als einseitige Anordnung in dem künftigen Prozeß zwischen Staat und Kirche wegen der Auseinanderrechnung des Vermögens. Der Abg. Ritter hat im Ausschuß ausgeführt, daß eine solche einseitige Anordnung nötig sei, damit die Religionsgesellschaften nicht in der Lage seien, Vermögen zu verschleppen, das dann beim Auseinanderrechnungsprozeß und beim Abzugsverfahren zwischen Staat und Kirche dem Staat entzogen werden kann. Herr Abg. Bod, diese Befürchtung besteht nach meiner Auffassung zur Zeit nicht und zwar schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil bei dem Abzugsverfahren und bei dem Auseinanderrechnungsprozeß zwischen Staat und Kirche nicht etwa der Staat etwas von der Kirche will, sondern umgekehrt die Kirche vom Staat etwas haben will. Es befindet sich in dem Prozeß zwischen Staat und Kirche, der in Zukunft einmal entschieden werden soll, der Staat ja in der Rolle des heutzutage des glücklichen Besitzers, und es sind die Religionsgesellschaften, die Ansprüche gegenüber dem Staat geltend machen. Wir werden also diesen kommunizistischen Antrag ablehnen.

(Schluß folgt)

Verkehrsfreundliche Politik gegen Südwestdeutschland

Zu der an anderer Stelle unseres Blattes besprochenen Frage der Einstellung der Arbeiten am Neckarkanal bei Heidelberg wird uns aus Berlin noch gemeldet:

Aus Heidelberg kommt die überraschende Meldung, daß bei der dortigen Neckar-Baubehörde die telegraphische Anweisung vom Reichsverkehrsministerium eingetroffen sei, an der Staustufe Heidelberg sowie an den anderen noch zu beginnenden Staustufen vorläufig alle weiteren Arbeiten einzustellen, bis das Reichskabinett über die Fortführung des Neckarkanal-Beschlusses gefaßt habe.

Wie wir auf Grund von Informationen an ausführlicher Stelle mitteilen können, stammt diese Meldung aus den, der Ministerität Heidelberg nahestehenden Kreisen, die dem Bau des Neckarkanal schon seit langem Schwierigkeiten zu bereiten versuchen. Das Reichsverkehrsministerium hatte in der vorigen Woche sein Einverständnis mit der Vergebung der nächsten fälligen Arbeiten ausgesprochen. In einer Sitzung des Reichskabinetts, in der die Frage gar nicht auf der Tagesordnung stand, haben nun die Minister Dr. Curtius und Stresemann Einwendungen erhoben und eine nochmalige Erörterung des Projektes gewünscht. Ihre Einwände deuten sich mit denen der genannten Heidelberger Kreise, die sich, nachdem sie mit ihren letzten Vorstellungen beim bayerischen Kultusministerium abgeklärt worden waren, an Curtius gewandt haben, der Abgeordneter für Heidelberg ist. Das Reichsverkehrsministerium hat jetzt den anderen Ministerien eine nähere Darstellung seiner Stellungnahme zum Kanalprojekt anzuheben lassen. Das Reichsverkehrsministerium wird in einer Sitzung, die gleich nach Ostern stattfinden soll, die Frage nochmals beraten, da das Reichsverkehrsministerium den Wunsch hat, daß durch einen formellen Beschluß der gesamten Regierung den Ausschüssen gegen den Kanalbau endlich ein Ende bereitet wird.

Die württembergische Regierung hat, als sie von diesen Vorgängen hörte, erneut zugunsten des Kanalbaues Stellung genommen und ihre Forderung nach Berlin weitergegeben. Die Opposition gegen den Kanalbau ist übrigens gerade jetzt umso unbefriedigter, als zurzeit in Heidelberg eine große Arbeitslosigkeit herrscht und schon aus diesem Grunde eine Verzögerung der Arbeiten vermieden werden sollte.

Rücktritt des japanischen Kabinetts

Tokio, 17. April. Das japanische Kabinett ist zurückgetreten. Der Rücktritt erfolgte nach einer in Gegenwart des Kaisers erfolgten Sitzung des Geheimen Rates, in der sich dieser mit 19 gegen 11 Stimmen gegen den Antrag des Ministerspräsidenten auf Erlass einer kaiserlichen Verordnung ausgesprochen hatte, durch welche die Unterstützung der Bank von Tsao angetrieben werden sollte.

Die Lage in China

Die Note Tschens unbefriedigend

London, 16. April. „Morning Post“ meldet aus Peking: Die Protokollmächte hielten gestern eine Sitzung ab, um die Antwortnote Tschens zu erörtern. Inwieweit diese Note befriedigend ist, wird sich erst nach dem Bescheid der beteiligten Regierungen zu fragen, wie weitere Schritte getan werden sollen, um Genugtuung zu erhalten.

Paris, 16. April. (Eig. Drahtbericht.) Die Presse hat am Samstag eine Inbalansgabe der Antwortnote der Kantons-Regierung an die französische Regierung veröffentlicht. Der Quai d'Orsay erklärt dazu, daß diese Note vollkommen unbefriedigend sei und nur als Verzögerung der ganzen Angelegenheit angesehen werden könne.

Einsig die Erklärung, daß die chinesische Regierung den Schutz des Lebens und des Eigentums der Fremden übernehme, ist befriedigend, würde aber absolut keine praktischen Garantien bieten. Man sagt, daß das französische Konsulat in Peking mit den übrigen in China interessierten Mächten in Verbindung steht und, zumal die chinesische Regierung den einzelnen Staaten verschiedene Noten hat ausgeben lassen.

Protest der chinesischen Gewerkschaften gegen den Imperialismus der Mächte

London, 16. April. (Eig. Drahtber.) Der chinesische Gewerkschaftsverband wendet sich mit einem Aufruf an „alle Gewerkschaften der ganzen Welt“ wegen der drohenden Intervention der Mächte. Der Aufruf weist einleitend darauf hin, daß dem chinesischen Gewerkschaftsverband 2.200.000 Arbeiter angehören. Dann werden die Vorgänge der letzten Zeit im einzelnen geschildert und schließlich wird darauf verwiesen, daß die Arbeiterbewegung den gegenwärtigen Kampf bis zu seinem Ende fortführen werde, koste es, was es wolle. Die Zeit sei für immer vorüber, wo Kriegsschiffe, Gewehre und Korruption wirksam zur Verstärkung gebraucht werden konnten. Der Aufruf schließt:

„Ihr werdet es verstehen, daß es heute unmöglich ist, ein großes Volk von 400 Millionen Menschen niederzuzwingen, und daß jeder Versuch, dies dennoch zu tun, die Zerstörung aller dessen, was die Zivilisation im Westen noch übrig gelassen hat, zur Folge haben muß. Ihr Gewerkschaftler habt keinen Streit mit uns chinesischen Arbeitern! Ihr habt nichts als Freundschaft für uns, dessen sind wir sicher! Und ihr, die ihr die Mehrheit zusammen mit den Bauern in allen Ländern seid, habt es in eurer Macht, diesem Krieg gegen uns ein Ende zu machen und die drohende Katastrophe abzuwenden. Wir rufen Euch zu: „Zurückziehung aller Kriegsschiffe und bewaffneter Kräfte aus China! Errichtung eines brüderlichen Bundes zwischen den chinesischen Gewerkschaften und den Gewerkschaften des Westens! Verhindert den Krieg gegen die chinesische Revolution! Wir begrüßen die chinesische Revolution als einen Teil des gewaltigen Kampfes für die Freiheit des Menschengeschlechts! Macht ein Ende mit den Gewalttaten der Imperialisten!“

Entwaffnung der Kommunisten in Kanton

Schanghai, 16. April. (Reuter.) Nach Fundmeldungen aus Kanton wurden auf Anordnung der Kantonsregierung die Streikposten und bewaffneten Kommunisten in Kanton und Umgebung getrennt einestreffend. Es kam zu heftigen Kämpfen, bei denen, wie es heißt, ungefähr 100 Kommunisten gefallen sind. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. In Hongkong erfolgte eine polizeiliche Durchsicherung des Hauptquartiers der Streikleitung. Sämtliche Anwesenden wurden verhaftet und zahlreiche Gewehre beschlagnahmt.

Zusammenbruch des Streiks in Schanghai

Schanghai, 16. April. (Reuter.) Der vom Generalrat der Gewerkschaften als Protesthandlung gegen das Vergehen der Soldaten Tschangtaisches verkündete Generalstreik ist in fortschreitendem Abflauen begriffen. 35.000 freitende Arbeiter haben heute die Arbeit wieder aufgenommen. — In der militärischen Lage ist keinerlei Veränderung eingetreten. Sowohl die nordchinesischen wie die südchinesischen Truppen machen keinen Versuch zur Ueberbreitung des Konflikts, sondern haben sich auf beiden Seiten des Stusses zwischen Kanton und Tschingtau eingezogen.

Das Reichsbanner in Niederbayern

München, 19. April. (Sundendienst.) In Straubing, im Herzen Niederbayerns, wo noch vor zwei Jahren kaum eine schwarz-rot-goldene Fahne zu sehen war, veranstaltete am Dienstag das Reichsbanner einen republikanischen Tag.

der Jugonis absteckte von dem Erfolg der Bionierarbeit der republikanischen Organisation. Über achtzig Reichsbannerleute aus der Oberpfalz und Niederbayern, aus Oberbayern und Franken, hatten sich auch Arbeiter und Bauern aus allen Teilen Niederbayerns eingefunden, um ein Bekenntnis zur demokratischen und sozialen Republik und ihren Farben abzugeben. Unter dem bekannten bayerischen Bauernführer Konrad Kähler, der dem Reichsbanner die Aufgabe zusprach, als Bionier unter dem niederbayerischen Volk zu wirken, hielt der Magdeburger Parteipräsident Krüger eine wirkungsvolle Rede. Ein Festzug durch die Straßen Straubings, in dem vor allem eine Bauernfahne aus dem bayerischen Wald mit Kreuz, Hundsfuß und schwarz-rot-goldenem Band auffiel, bildeten den Höhepunkt der Veranstaltung. Als eine Umwandlung in der feindseligen Haltung gewisser Kreise gegen das Reichsbanner, kann es betrachtet werden, daß der in seiner Mehrheit volksparteiliche Stadtrat beschloß, die städtischen Gebäude aus Anlaß der republikanischen Veranstaltung zu besetzen.

Parteitag der holländischen Sozialisten

Amsterdam, 19. April. An Ostern laute in Utrecht der Parteitag der niederländischen Sozialdemokratie. Er zählte mit 478 gegen 93 Stimmen die Befestigung der Fraktion an der alljährlichen Eröffnung der Kammer durch die Räte. Angenommen wurde ferner ein neues Gemeindeprogramm.

Karlsruher Polizeibericht vom 19. April

Feuer. In der Nacht zum 17. laufenden Monats wurde die Feuerwache nach einem Hauje der Reifenstraße gerufen, wo in einer Malerwerkstätte vermutlich durch Selbstzündung ein kleiner Brand ausgebrochen war. Das Feuer, welches nur Fahrzeugschaden verursachte, konnte nach vierstündiger Tätigkeit durch die Feuerwache gelöscht werden.

Verhinderung. Am 16. April morgens wurde im Rhein in Maxau eine männliche Leiche gefischt, die in der Person des seit 22. März 27 in Wiblingen (Amt Emmendingen) verstorbenen 62 Jahre alten Landwirts Gustav Zimmerlin festzustellen konnte. Es dürfte Selbsttötung vorliegen.

Unfall. Gestern vormittag brach im Hof eines Hauses der Durlacherstraße ein Brett am Boden, wodurch eine Fuhrmanns chakra in die Abortgrube stürzte. Sie zog sich Verletzungen an einem Beine zu.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Mittwoch, den 20. April: Zeitweilig heiter, meist trocken, tagsüber mild.

Wasserstand des Rheins

Waldsbut 320, Gef. 7; Schupfermühl 215, Gef. 8; Rehl 344, Gef. 11; Maxau 654, Gef. 17; Mannheim 522, Gef. 19 Fm.

Wichtig zu 4 Stellen
20 Hg, die Stelle
Berechnungsdetails haben unter dieser Rubrik in der Regel keine Notwendigkeit, oder werden zum Vollständigkeitszweck berechnet.

Karlsruhe

Freie Turnerschaft. Mittwoch, 20. April, abends 8 Uhr, Fortunternehmung im „Gambinus“. Pünktliches und vollständiges Erscheinen erwünscht. 3960

Freie Turnerschaft. Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr Turnstunden für alle bei der Kamerader mitwirkende Turner und Turnerinnen sämtlicher Abteilungen.

Abteilung St. Dienstag, 19. April, 8 Uhr, Turnen für Männerabteilung. Mittwoch, 20. April, 8 Uhr, Turnereisen. 3965

Arbeiterpartei Groß-Karlsruhe. Heute abend 8 Uhr Sitzung des technischen Ausschusses in der Gambinushalle. Kommen werden Freitag 8 Uhr im gleichen Lokal Vorstandssitzung.

Pfannkuch
Preis-Abschlag
Eingetroffen 3 Waggon
Pimburger
viertel bis halber Preis
in Stangen 62,-
im Einschnitt 64,-
Pfannkuch
Berufskleider
jeder Art, auch für Schreiner, Tischler, in blau, rot, weiß, grün, gelb, schwarz, grau, etc.
Levy
22 Markgrafenstraße 22
Frack, Smoking, Gehrock, Anzüge, etc.
Franz Hess, Gartenstr. 7.

Resi Waldstraße
Sonntag, den 24. April
vormittags 11 Uhr
einmaliger Film-Vortrag
Das schaffende Amerika
(Eine Studienreise durch die Vereinigten Staaten von Amerika)
Der bekannte Vortragredner Marine-Ingenieur a. D. und Dipl.-Ingenieur
Knoke-Hannover
Überfahrt auf einem Dampfer des Norddeutschen Lloyd Bremen
New York / Buffalo und die Niagarafälle / Detroit, die Stadt der Automobile / Die werdende Weltstadt Chicago / Pittsburg Baltimore / Das vornehme Weltbad Atlantic City / Washington u. a. m.
Hersteller: Döring-Film-Werke Hannover in Gemeinschaft mit dem Norddeutschen Lloyd Bremen
Preise: Mark 1,- und Mark 1,50 (Einheitspreise)
Vorverkauf:
Lloyd Reisebüro Goldfarb
Kaiserstraße 181, Ecke Herrenstraße
Telephon 2776 und Theaterkasse

Neu aufgenommen
Angelgeräte
zur schnellen Einführung bis auf weiteres
Vorzugspreise
Fr. E. Demand
vorm. H. Andree
Waffen-, Sport-, Hundartikel
Herrenstr. 21, 2. Tr.
Telephon 5298.

Badisches Landestheater
Dienstag, den 19. April
C 22
Zar und Zimmermann
von Albert Döring
Musikal. Leitung: Alons Mühlner. In Szene gesetzt von Otto Kraus
Zar
Joanico
van Bett
Marie
Lefort
Sindham
Chateaufort
Witte
Eliker
Ratsdiener
Sillau
Beyrand
Geisried
Schaller
Blant
Lander
Bijer
Bijer
Witte
Ratibach
Sillau
Anfang 7 1/2 Uhr
Ende nach 10 1/4 Uhr
1. Sperrst. 21. 7.-

Speisezimmer Schlafzimmer Küchen
Preis vorzuzug, in bester geistiger Anstalt, zu äußerst billigen Preisen zu verpachten (Zahlungsbereitschaft)
Eigler 3902
Königsplatz 11, 1. Lager.
Eubwig-Bühelstr. 17.

Keine zerrissenen Strümpfe
mehr!
Früher: Die Sorge und das Einsetzen der Hausfrau
Jetzt: Ihre Freude
denn Jede will „Listruen“ nach dem neuen
Listru-Strumpf-Schnellreparaturverfahren
mit weichem
ohne Nadel, ohne Faden, ohne jegl. Apparat
mindestens
20 Paar Strümpfe in der Stunde
müheles, kaum sichtbar u. dauerhaft repariert werden können.
Beachten Sie unsere Vorführungen am **Dienstag, 19. April**, und folgende Tage von 9-1 und 3-1/2 Uhr in unserer
Kurzwaren-Abteilung

St. Jakobs-Balsam
„Echter“ zu Mk. 3.-
von Apoth. C. Trautmann Basel. Hausmittel ersten Ranges für alle wunden Stellen, Krampfadern, otiene Beine, Brand, Hautleiden, Flechten, Woll-Nachwüchsen zurückweisen. In den Apotheken zu haben.

Samtliche Farben Lacke etc.
gebrauchsfähig f. Anstriche aller Art, vorteilhaft im Farbenhaus Hans Waldstr. 15, b. Colosseum.

Matratzen
Watten, Röhre, Divan, etc.
Zimmer
einfach, mit Kochgelegenheit od. zum Zubereiten zu vermieten.
Königsplatz 11, 1. Lager.

Maizeit
eingetroffen
Bestellungen sofort erbeten / Preis 25 Pfg.
Volksbuchhandlung Karlsruhe
Adlerstr. 43, Telefon 3701
1927

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 19. April

Geschichtskalender

Dienstag, 19. April. 1824 Engl. Dichter George Byron. — 1837 Aljos. Wilhelm Solenleber. — 1846 Aljos. Tamas. — 1882 Charles Darwin. — 1923 Unruhen in Mittel- und Osteuropa. — 1926 Prof. der Völkerkunde. — 1926 Austritt der polnischen Sozialdemokraten aus der Koalitionsregierung.

Parteinachrichten des Soz. Vereins Karlsruhe

Vorstandssitzung am 20. April, „Gambinushalle“. Tagesordnung u. a. Stellungnahme zum Parteitag. Vollständiges Erscheinen wird erwartet.

Die Welt zu Ostern

Ostern hat nicht gehalten, was man von ihm versprochen, denn zu einem wirklichen Auferstehungsfeste gehört auch eine festliche Witterung. Der Frühlingsjonnenslang, der den Ostertagen die nötige Wärme verleihen sollte, fehlte größtenteils, dafür aber setzte das raue, meistens sonnlose Wetter fort, das schon die Karwoche hindurch zum Leidwesen der geplagten Menschenkinder sich hartnäckig hielt. Der Unterschied war nur der, daß wenigstens die Wolkenschicht an den Ostertagen sich als „wasserdicht“ erwies, ja sogar — besonders am gestrigen Montagmittags — die liebe Sonne uns bewies, wie schön es ist, wenn sie sich von der holden Seite zeigt. Geblieben ist allerdings der raue Wind, jedoch die Temperatur immer noch nicht frühlingsmäßig sich einstellte. Die kühlen Tage der letzten Zeit haben übrigens auch nicht zuegelassen, daß sich die Blüten der Bäume in ihrer ganzen Pracht entfalten konnten und all die vielen Ausflügler, die an Ostern dem Ettlinger Blütenparadies einen Besuch abstatteten, freuten sich wohl über das weiß-rosa Blütenmeer, aber ganz auf ihre Rechnung kamen sie nicht, denn eine volle Entfaltung der Blütenpracht blieb leider aus.

Außerordentlich viele Bewohner kehrten der Stadt, trotzdem es an Gelegenheiten, sich zu amüsieren nicht fehlte, den Rücken und je nach dem Stande des Geldbeutelbarometers ging es weiter, hinein in die Schwarzwaldberge oder die noch glücklicheren in noch entfernter liegende Gebiete oder aber man beschränkte sich auf einen Spaziergang bezw. kleine Tour in die Nähe. Zu letzteren gehörten besonders auch solche, für die die Feiertage den bitteren Nachgeschmack haben, daß ein empfindlicher Lohnausfall für Karfreitag, Karfreitag und Ostermontag den ohnehin geringen Einnahmestock noch mehr schwächt.

Bei der Eisenbahn waren alle Vorbereitungen für einen Massenverkehr getroffen, aber die erwartete Masse von Fahrgästen blieb aus. Gewiss, vor den Feiertagen fuhrten viele viele besser Besüllterten nach dem Süden, auch der Nahverkehr gestaltete sich an den Feiertagen zu einem respektablen, aber im allgemeinen ließ die Frequenz außerordentlich viel zu wünschen übrig. Auch die Beteiligung an dem Sonderzug nach Wiesbaden entsprach nicht den Erwartungen, wohl konnte der Zug gefahren werden, aber nicht einmal 200 Fahrgäste fuhrten von hier aus mit. Die Ursache an dem nur mittelmäßigen Eisenbahnverkehr dürfte wohl nicht nur an der unpopulären Witterung liegen, sondern auch an der schlechten wirtschaftlichen Lage der Masse der Bevölkerung.

Unser Stadigarten, das Karlsruher Paradies, das sich im herrlichen Frühlingskleid präsentiert, hatte infolge der unfreundlichen Witterung nicht den Reizbesuch zuhauseweisen, wie an Ostertagen, die vom Glanz der Frühlingssonne begünstigt wurden. Am ersten Feiertag fanden sich nur ca. 4000 Besucher ein, während sich die Biffer am zweiten Tag auf ca. 19000 stiegerte. Auch nachmittags pilgerten viele Tausende nach dem Stadigarten. Die Konzerte der Harmoniekapelle und der Feuerwehrrakette an den beiden Tagen wurden recht beifallsfreudig entgegengenommen, die Leistungen der beiden Kapellen waren denn auch wieder ausgezeichnet. Große Anziehungskraft übte natürlich der Tiergarten aus, hauptsächlich auch bei den neuen Insassen. Bei den Bären, wo es galt, die drolligen Jungen zu beobachten, war immer die reinste Mauer von Menschen zu sehen und bei den Seelöwen das selbe Bild, besonders zurzeit der Fütterung. Auch die Krokodile wurden sehr bewundert, allerdings scheinen sie sich bei uns noch nicht recht eingelebt zu haben und etwas „schüchtern“ zu sein, nämlich regungslos liegen sie immer da. Es ist ja eine alte Geschichte, daß man sich eben immer erst einleben muß!

Ueber den Osterhasen etwas zu schreiben, erübrigt sich, denn er liegt bekanntlich immer dort die meisten und größten Eier hin, wo der Geldbeutel am vollsten ist. Er hält es wie das „Christkindchen“ gar so gerne mit den Reichen, wie überhaupt der Osterhase mehr und mehr seinen ursprünglichen Aufgabentritt verliert und anstelle von Eiern usw. Geschenke aller Art, wie es an Weihnachten geschieht, beschert.

Nun gehört auch Ostern 1927 der Geschichte an. Der geplante und verkündete Menschheit hat es wiederum die erhoffte Erlösung und Auferstehung, ein anständiges Erbdasein, nicht gebracht. Aber in der Hoffnung, daß das Ersehnte noch kommen muß, wurden wieder von neuem befrachtet. Das Tempo kann beschleunigt werden, je mehr sich die Ausgebetteten um die Fahne des Sozialismus scharen und aktive Kämpfer werden.

Flaggenwechsel im Stadigarten

Biel frequentiert wurden gestern die Boote auf dem Stadigartensee sowie das Motorboot. Zur größten Ueberfüllung haterte jedoch an letzterem nicht wie üblich die schwarz-rot-goldene Flagge, sondern die rädertische. Nun sind wir im allgemeinen gar kein Gegner der leuchtenden Farben an sich, was wir ausdrücklich betonen, aber unseres Wissens besteht ein Stadtratsbeschluss, wonach am Motorboot die schwarz-rot-goldene Flagge anzubringen ist. Veranlassung zu diesem Beschluss gab damals die Kritik in der „Bad. Presse“ — die ja bekanntlich in Flaggenfragen sich immer zum Vorteil der republikfeindlichen Bestrebungen macht —, in der Besetzung der schwarz-rot-goldenen Flagge am Motorboot verlangt wurde. Von dem Stadtratsbeschluss hatte man gewiss in maßgebenden Kreisen des Stadigartens auch erfahren und man muß sich wirklich wundern, daß man sich über diesen Beschluss hinwegsetzt und eigenmächtig die Flagge der Republik beifügt. Vielleicht geben diese Zeilen Veranlassung, einen Stadtratsbeschluss zu achten, ob gern oder ungern, bleibe dahingestellt.

Verkehrsverbesserungen Karlsruhe-Ettingen

Dazu schickt uns der Bürgerverein Ruppurr eine längere Zuschrift, der wir folgendes entnehmen: Die Direktion der Bleag hat drei Vorschläge zur Verbesserung des Verkehrs Karlsruhe-Ruppurr ihrem Aufsichtsrat vorgelegt. Diese drei Vorschläge lauten: 1. Zweigleisiger Ausbau der Strecke Karlsruhe-Ettingen, möglichst unter Rückverlegung des Endbahnhofs in das Innere der Stadt; 2. Abtretung der Strecke Karlsruhe-Neichstraße-Ettingen-Holzshof an die Stadtgemeinde Karlsruhe; 3. Abtretung des Lokalverkehrs Karlsruhe-Neichstraße bis Ettingen-Holzshof an die Stadtgemeinde Karlsruhe unter Durchführung der Herrenalber und Bröglinger Bläe durch die Bleag von und bis Karlsruhe-Neichstraße unter Beibehaltung des Güterverkehrs.

Nach genauer Prüfung dieser drei Vorschläge kam der Aufsichtsrat der Bleag zu der Entscheidung, daß der dritte Vorschlag, die Abtretung des Lokalverkehrs Karlsruhe-Ettingen an die Stadtgemeinde Karlsruhe die richtige Lösung sein dürfte.

Auch der Ausschuss des Bürgervereins Ruppurr hat in Wahrung seiner Interessen für den Stadteil Ruppurr sich mit den drei Vorschlägen beschäftigt. Auch er kommt zu dem Vorschlag drei. Dieses Projekt hat aber einen furchtbaren Haken. „Den Ausfall bei Aufgabe des Vorortverkehrs nach Ettingen berechnet die Bleag unter Berücksichtigung der verbesserten Verkehrsmöglichkeiten mit Herrenalber auf rund 100 000 M pro Jahr.“

Also dieser Ausfall, der wohl auch für den Vorschlag zwei gilt, wird der Hauptgegenstand der Verhandlung bilden müssen. Wer war da nicht erkrankt über eine solche Forderung? Die Kapitalisierung der verlangten 100 000 M würde sich ohne alle Zinsen auf 2 500 000 M berechnen. Bist die Bleag die Stadtverwaltung Karlsruhe für so dumme oder so gewissenlos, daß sie auch nur im entferntesten an eine derartige Summe denkt. Wir glauben es nicht. Aber ein Vorwurf kann der Stadtverwaltung nicht erpart bleiben. In ihren verschiedenen Vorlagen an den Bürgerausschuss konnte man, wenn es sich um die Bleag handelte, immer lesen, daß man auf die Bleag Rücksicht nehmen müsse und daß man sie nicht dem völligen Ruin entzweifeln dürfe. Es geschah immer auf Kosten der Ruppurr. Heute handelt es sich aber um den Geldbeutel der Gesamtstadt Karlsruhe.

Mit dem einmaligen Jahresbetrag der verlangten Entschädigung von 100 000 M kann die Stadt vier Autobusse kaufen und dann mit den bereits vorhandenen drei Autos den ganzen Verkehr Karlsruhe-Ruppurr, also auch den über die Karlsruher, glänzend bewältigen und den Gewinn selbst verdienen. Die Bleag nimmt keine Rücksicht auf die Steuerzahler der Stadt Karlsruhe, also braucht es die Stadt Karlsruhe auch ihr gegenüber nicht zu tun. Die Altbahn hat für die Stadt Karlsruhe wohl eine keineswegs zu unterschätzende Bedeutung. Sie hat es aber in allerer Weise auch für die Stadt Ettingen, den Kurort Herrenalber und alle weiteren Altbahnenden. Der gewaltig gestiegene Vorortverkehr Karlsruhe-Ruppurr ist für die Bleag ein unendlicher Wertzuwachs, den sie eher zu verlieren hätte, als sich dafür entschädigen zu lassen.

Entschädigt sich die Stadt Karlsruhe, den Autobusverkehr — der viele Vorteile gegenüber der Straßenbahn hat — von Ruppurr auch nach der Hauptstadt auszubauen, dann wird die Stadt nur einen verhältnismäßig geringen einmaligen Aufwands haben, dagegen eine sehr ansehnliche und sich fast täglich steigende Einnahmequelle schaffen.

Eine am heutigen Dienstag abend im „Eichhorn“ stattfindende öffentliche Versammlung, zu der die Einwohner eingeladen ist, wird zu der Angelegenheit Stellung nehmen.

Eine sozialdemokratische Stimme zu der Forderung der Bleag

Ablehnung der Forderung auf 100 000 M Entschädigung für die Abtretung des Lokalverkehrs Karlsruhe-Ettingen an die Stadtgemeinde Karlsruhe. Die Sozialdemokratie für Verbesserung der Verkehrsverbindungen. Zu dem Thema „Verkehrsverbesserungen Karlsruhe-Ettingen“ und den Vorschlägen der Bleag schreibt uns ein parteieigenständiger Stadtrat:

Aus der Stadtratsitzung vom 13. April. Voraussetzungen auf die Gemeindefürer. Für das Rechnungsjahr 1927 werden die Voraussetzungen auf die gemeindefürer Grund- und Gewerbesteuer vorläufig in gleicher Höhe wie 1926 mit 58 Pfennig zusätzlich 4 Pfennig Kreissteuer von je 100 M Steuerwert des Grund- und Gewerbevermögens erhoben. Die Steuer ist in gleichen Raten und zu den gleichen Terminen wie bisher zu entrichten.

Erneuerung des Verkehrsverhältnisses. Der Schlosser Karl Grimm hat sein Amt als Stadtratsmitglied wegen Erkrankung niedergelegt. Der Stadtrat erkennt die Amtsniederlegung als begründet an. Als nächster der gleichen Wahlklasse als ansehnlicher Bewerber tritt an die Stelle des genannten Parteiführers Oskar Trinks. Er ist damit zum Stadtratsmitglied für die restliche Dauer (bis November 1930) gewählt.

Neubesetzung der Stelle des Schlachthofdirektors. Die durch den Tod des Veterinärates Bayersdorfer frei gewordene Stelle des Schlachthofdirektors wird mit sofortiger Wirkung dem Tierarzt Dr. Wagner übertragen.

Bemerkung von Industriegeldern. Im neuen Industriegebiet beim Rheinhafen wird ein rund 4000 Quadratmeter großer Platz zum Betriebe einer Fabrik vermietet.

Goldene Hochzeit. Den Maschinenarbeiter a. D. Gregor Bender Eheleuten hier wurde anlässlich der Feier ihrer goldenen Hochzeit eine Ehrengarbe der Stadt, begleitet von einem Glückwunschkreis überreicht.

Freiballonsendung. Am die Mittagszeit am gestrigen Ostermontag schwebten zwei Freiballons in der Nähe des Stadigartens. Während der eine Ettingen zu getrieben wurde, sank der andere in der Gegend des Ruppurrer Waldes nördlich der Gartenstadt immer tiefer, bis er endlich gegen 1/2 Uhr mitten im Walde auf einer baumreichen Fläche am Boden landete. Der Ballon trug den Namen „Geisenkirchener Weyer“, war am Sonntag abend 49 Uhr in Geisenkirch aufgelassen und von 3 Herren besetzt. Viele Stunden waren sie vom Nebel umhüllt, bis sie schließlich zu der eingangs erwähnten Notlandung gezwungen wurden, die ohne fremdenhelfen Schaden zu nehmen glatt vor sich ging. Sittliche Leute fanden sich sofort ein und waren den Herren beifällig. Nach erfolgter Entzifferung wurde das Ballontuch ver-

Der Vorstand des „Bürgervereins“ Ruppurr gibt ein Flugblatt heraus, in welchem er den Beschluss des Aufsichtsrats der Bleag, wonach die Stadtgemeinde Karlsruhe den Verkehr Karlsruhe-Ettingen-Holzshof übernehmen soll, einer scharfen, aber berechtigten Kritik unterzieht.

Es ist seit der Einführung des Autobusverkehrs nach Ruppurr kein Geheimnis mehr, daß die Bleag ernstlich darüber nachdenkt, wie sie sich diese Konkurrenz vom Hals schaffen, aber die Geister, die man beschworen, bringt man nicht wieder los. Wenn aber die Bleag glaubt, im Karlsruhe Stadtrat oder Bürgerausschuss eine Mehrheit für ihre teufelischen Pläne zu finden, dann täuscht sie sich. Was sind nun die Pläne der Bleag? Abtretung des Lokalverkehrs Karlsruhe-Neichstraße-Ettingen-Holzshof an die Stadt Karlsruhe unter Durchführung der Herrenalber und Bröglinger Bläe durch die Bleag von und bis Karlsruhe-Neichstraße unter Beibehaltung des Güterverkehrs. Die Bleag berechnet nun den Ausfall bei Aufgabe des Vorortverkehrs nach Ettingen unter Berücksichtigung der verbesserten Verkehrsmöglichkeiten mit Herrenalber auf rund 100 000 M pro Jahr. Diesen Betrag soll die Stadt Karlsruhe an die Bleag zahlen. Es muß aber bezweifelt werden, ob der Aufsichtsrat der Bleag im Ernst daran glaubt, daß ihr Plan Aussicht auf Verwirklichung hat.

Auf die Vorwürfe, die der Vorstand des Bürgervereins Ruppurr gegen die Stadtverwaltung gewohnheitsmäßig erhebt, soll hier des Näheren nicht eingegangen werden, denn wenn es auf die Bürgervereine ankäme, dann wäre es um Verbesserungen dieser oder anderer Art sehr leicht bestellt. Bekanntlich braucht man zur Hebung und Verbesserung des Verkehrs auch Geld. Soll nun der hierzu nötige Geldbedarf aus Wirtschaftsmitteln gedeckt werden, dann winkt sofort eine Tarifherabsetzung. Der Vorstand des Bürgervereins Ruppurr ließ aber bei Einführung der Autobusse erklären: „Wenn der Tarif für die Autobusse höher ist, wie der Tarif der Straßenbahn, dann spekuliert der Autobusverkehr.“ Und er wärte gewiss, wenn nicht dann außer dem Vorstand des Bürgervereins eine sehr große Zahl Ruppurrer Bürger die Fahrt mit den Autobussen der Fahrt mit der Altbahn vorzuziehen und die etwas höheren Preise als die der Straßenbahn als nicht zu hoch befunden hätten, ganz abgesehen von den Vorteilen, die dem einzelnen Fahrgast entstehen. Eine Umlageerhöhung lehnen die Parteien, die in den Bürgervereinen die Mehrheit haben, ebenfalls ab, also bleibt nur noch der Pump und der kostet Zinsen.

Was nun die Verbindung des Stadteils Ruppurr mit dem Stadtimern betrifft, so ist die

Erfüllung einer Straßenbahnlinie

das gegebene. Dieses Bedürfnis nach einer Verbindung mit der Straßenbahn besteht aber auch in den übrigen Vororten. Rintheim und Daxlanden sind nicht bedient und sie verlangen mit Recht eine baldige Vervollständigung des unvollständigen Zustandes. Die Hardwaldverbindungen, die Alsbiedelung und das Weiberackergebiet sind noch ohne Verbindung mit dem Stadtimern. Will man also gleiches Recht für alle gelten lassen, dann muß sobald wie möglich eine Ringlinie angelegt werden, die alle noch nicht an das Straßenbahnnetz angegliederten Stadtteile und Siedlungen an dieselbe anschließt. Damit wäre auch der längst gegebene und berechtigete Wunsch des Vororts Ruppurr erfüllt. So lange dies aber nicht möglich ist und solange sich die Bleag nicht dazu verstehen kann, Verkehrsverbesserungen durchgehender Art zu schaffen und solange dieselbe auf ihrem neuesten Plane der jährlichen 100 000 Mark-Wartung besteht, bleibt der Stadtimern nichts anderes übrig, als den Verkehr mit Ruppurr durch

Einführung weiterer Autobusse, auch mit Führung durch die Karlsruher, zu verbessern.

Aber auch die Verbindung mit Ettingen muß scharf ins Auge gefaßt werden. Dazu hat es am Willen und an der Energie der Vertreter im Stadtrat und Bürgerausschuss, sowie in der Straßenbahnkommission noch nie gefehlt. Und schließlich kann auch niemand der engeren Stadtimern die Vorwürfe machen, als habe sie kein Verständnis für die Hebung und Verbesserung unseres Verkehrsverhältnisses.

Was die sozialdemokratische Katharsis betrifft, so wird dieselbe vollständig unabhängig von den Bürgervereinen, bürgerlichen Vereinigungen wirtschaftlicher und politischer Art, die Interessen der einzelnen Stadtteile nach jeder Richtung hin, unter Wahrung ihrer politischen Auffassung vertreten.

paßt und mit dem Korbe auf einem Auto nach der Bahn gebracht. Eine große Menschenmenge hatte sich zu dem nicht alltäglichen Ereignis eingefunden.

Die Resonanz-Vorgänge zeigen im neuen Programm „Zigeunerbaron“, nach der gleichnamigen Operette. Die Bearbeitung dieses Filmes mußten sehr wohl, wie schon die stumme Bilderdarstellung auf dem Leinwand gegen das überflüssige Wiederwörterbild aufkommen würde. Aber der Resonanz-Jelmit hat die Konkurrenz mit Aufwand aller seiner Mittel aufgenommen. Das Operettenbüreau ist lediglich Vorwurf, in dem alle möglichsten dort nur angebotenen Zuständen mitwirkend und aufwühlend hineinverarbeitet wurden. Es wimmelt von Einfällen und lustigen Einzelheiten. Der Schmeicheleüchter Jupan gerät in den Daren des furchtbaren Paskas und rettet sich in einem Wochstoch, schwimmt aber später die Kennomierzgeschichte von dem rettenden Flug auf der Kanonenschiff, die schon Münchhausen erfand. Qua Mara, die sich aus der Bienenmaid zur regelrechten Prinzessin emporschießt, hat als solche in Reifrod und Paradeuniform entzückende Momente an der Seite ihres männlichen Partners, Dieterles, der ganz Baron und ganz Zigeuner in einer Person ist. Michael Bohrens Jupan ist eine derbe fette Figur, Jelmit's Geschichte Regie arbeitet aber vorwiegend mit den Massen, die er in lebendiger, mitreißender Bewegung und Aktivität hält. Türkenkrieg, Truppenzüge, Lagerleben und farbige Volksleben in bunter Fülle — Als ansprechende Beiträge der Kulturfilm: „Vorwandten am Nordpol“, Kapitänleutnant Brad feat im Weltlauf zum Pol. Einmalige authentische Aufnahmen vom ersten Flug über den Nordpol. Die Trianonmohenschau vervollständigt das interessante Programm.

Veranstaltungen des heutigen Tages

- Bad. Landesheater: „Zar und Zimmermann“. Von 7.30 bis 10.15 Uhr.
- Bad. Lichtspiele (Konzerthaus): „Beethoven“. Nachmittags 4 Uhr.
- Resonanz-Vorgänge: Zigeunerbaron.
- Colosseum: Theater Künstler der Menschen. Abends 8 Uhr.
- Kammer-Vorgänge: Der Zuzbaron. Einprogramm.
- Palast-Vorgänge: Kindererleben. Ausg. an Union-Theater: Carmen.
- Atlantik-Vorgänge: Von Eubunden verlobt. Fedora.
- Central-Vorgänge: Der Sieg des Mahabadscha. Pat und Pachtan als Polonairaden.
- Zum Elefanten: Das große April-Programm. 8 Uhr.

Sinner-Biere

kräftig, erfrischend
und wohlbekömmlich

Färberei Printz

gegr. 1846 A.-G. gegr. 1846

Werk für Färberei
Chemische Reinigung und Wäscherei

Karlsruhe, Ettlingerstr. 65/67, Fernruf 4507 u. 4508
:-: Annahmestellen überall. :-:

„Schrempp-
Printz-Bier“

Am besten
mundets mir!



BATSCHARI
CIGARETTEN
HABEN WELTRUF!

Bankhaus
Veit L. Homburger
KARLSRUHE i.B., KARLSTRASSE 11
Gegründet 1854

Telefon:
Ortsverkehr 35, 33, 4391, 4392. Fernverkehr 4393, 4394, 4395
Postscheck-Konto Nr. 36

Mannheim

Badische Bank

Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen

Bankhaus Straus & Co.

KARLSRUHE

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.G.

Filiale Karlsruhe

Kaiserstraße Nr. 146 gegenüber der Hauptpost
Wechselstube im Hauptbahnhof

VERLANGEN SIE

UNÜBERTROFFEN AN
LEISTUNGSFÄHIGKEIT
und
ELEGANZ
der
MÖBELAUSSTATTUNGEN

HAID & NEU



NÄHEN
STICKEN
STOPFEN



NÄHMASCHINEN

IN KARLSRUHE
nur bei
AUG. NEUESÜSS
KRIEGSSTRASSE 74
erhältlich

**Kinder- und Damen- sowie Herren-Konfektion, Berufs-
kleider, ferner Manufakturwaren jeder Art, finden Sie in größter
Auswahl zu niedrigsten Preisen bei**

Gebrüder Blechner Nachf., Rastatt

Schulmappen Schulranzen Aktenmappen

Gottfried Dischinger vorm.
B. Klotter
Spezialgeschäft für Reiseartikel und Lederwaren
Kaiserstraße 105 Karlsruhe Telefon 2618

Badische Girozentrale
Zweiganstalt Karlsruhe Öffentliche Bankanstalt

Karl Friedrichstr. 1 (Ecke Zirkel), Fernsprecher 3503-3507
Reichsbank-Girokonto Postscheckkonto Nr. 79 000.

Kontenverbindung mit allen öffentlichen Bankanstalten und Sparkassen.

Erledigung von Bankgeschäften aller Art, laufende
Rechnungen unter günstigen Konditionen, Depo-
sitenverkehr, kostenlose Ueberweisungen innerhalb
des Reichsgebiets.

Trinkt Franz-Bier

Rastatt

Telefon Nr. 4

Residenz-Lichtspiele
Waldstraße

MIT
dem guten Besuch der letzten Tage der Resi-Lichtspiele sei festgestellt, daß mit

EINEM
erstklassigen Programm ein großer Erfolg erzielt werden kann und

WORTE
die man vom Publikum hörte, bewiesen, daß der Film „Der Zigeunerbaron“ mit Lya Mara u. Dieterle, Regie Friedrich Zelnik sowie die schmissige Begleitmusik von Karl Egerer in dieser Woche

KLASSE
sind

Badische Lichtspiele
KONZERTHAUS

Heute Dienstag, 19., abends 8 Uhr.
Mittwoch, 20., nachm. 4 und abends 8 Uhr

Beethoven

Musikbegleitung.
Vorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße 39-38

Bierkabarett in Elefanten

Haben Sie das große
April-Programm
schon gesehen? 3957

2 Braunettis
Das entzückende Tanzpaar

2 REVAS
Hervorragende Plastik u. Equilibristik

Edith Drescher
singt Wiener Lieder

RIVELLO
30 Minuten Lachen

Ernst Reinhardt künstl. Leiter
Die Karrikaturen-Wochenschau

Tägl. Beginn 8 Uhr Sonnt. nachm. 4 Uhr

Die Pfister-Verdickungs- und Ausbesserungsarbeiten

für das Rechnungsjahr 1927 sollen öffentlich vergeben werden. Angebote sind bis zum 21. April, vormittags 10 Uhr, beim Stadt-Ziefbauamt, Rathaus, Zimmer 99, einzureichen, wo auch die Bedingungen zur Einsicht aufliegen und Angebots-Verdrücke abgegeben werden.
952
Karlsruhe, 13. April 1927.
Stadt-Ziefbauamt.

Für 15 M. Anzahlung und 3 M. wöchentl. Rate erhalten Sie ein Herren- oder Damen-Rad

Karl Torpedo u. seines Fabrikat, sowie Nähmaschinen u. Gramophone. / Reparaturen, Spezialität Rahmen- und sonstige prompt und billig

Willi Deschner
Gottesauerstr. 20. 3331

Arbeits-Bekleidung

für sämtliche Berufe auch für Lehrlinge in nur anerkannt erstklassigen Qualitäten offeriert preiswert

WEINTRAUB

52 Kronenstrasse 52 / Telefon Nr. 3747

Besonders preiswerte

WASCHSTOFFE

in unserer grossen Spezial-Abteilung

Dienstag und folgende Tage

Wasch-Stoffe		Kunstseidene Wasch-Stoffe	
Baumwoll-Musseline	aparte neue Muster, in unerreichter Auswahl Meter 1.25 0.95	Schotten-Wachseide	indanthrenfarben, neue Farbstellungen Meter 1.25 0.88
Wash-Crêpe	bedruckt, schön. Ausm. 1.40	Kunstseiden-Crêpe	echtfarbig, großes Farbsortiment, geign. für Kleider u. Wäsche Mtr. 1.25
Künstlerdrucke	indanthrenf. aparte Farb. f. Dirndkleider u. Schürz. Mtr. 1.85	Faconné	in sich gemustert, mod. Frühjahrsfarben Meter 1.50
Kleider-Crêpe	aparte Bordür-Muster, zirka 120 cm breit Meter	Bedruckte Waschseiden	die große Mode, licht- und waschecht, entzück. Ausm. 2.75, 2.25
Voll-Voile	bedruckt, solide Kleidermuster, 100 cm br. Meter 1.75 1.25	Karo-Neuheiten	Pepita- u. Schachbrettmuster, vorwiegend schwarz-weiß für Frauenkleider Meter
Kleider-Voile	entzückend, neue Blumenmuster u. Bordür., die große Mode 3.25 2.75	Bemberg-Adlerseide	die führende waschechte Qualitätsmarke. Große Auswahl in einfarbig und gemustert für Kleider und Wäsche Meter 3.50
Fresko-Composé	einfarbig u. kariert in zarten Frühjahrsfarben Meter	Wachseiden - Stoffe	100 cm brt, weichfließende Qualität wie Crêpe de Chine, entzückende Blumenm. u. Bordüren Mtr. 6.00
Woll-Musseline	reichh. Auswahl modern. Muster in jeder Geschmackrichtung, darunter solide schwarz-weiße Muster für Frauenkleider Meter 3.50 2.75	Bedruckte Rohseiden	Naturfarben mit aparten Streublumenmustern Meter 6.75

Favorit-Schnittmuster stets vorrätig!

KNOPF Schwarze Mantel-Seide einfarb. und gemustert in allen Preislagen

Karlsruher
Privat-Handelschule Hanfa
Karlstraße 88 Telefon 5846

Beginn neuer Kurse in sämtlichen kaufmännischen Fächern

(Handelslehre und Volkswirtschaft, kaufmännisches Rechnen, Briefverkehr und Deutsch, Buchführung für Anfänger und Fortgeschrittene, Steuerbilanz, Maschinenschreiben und Stenographie, (150 Silben) usw. am Donnerstag, den 21. April, vormittags 8 Uhr. — Lehrplan und Aufnahmebedingungen durch die Schulleitung 3931

Zint, Diplomhandelslehrer.

COLOSSEUM
Täglich 8 Uhr. Sonntags 2 und 8 Uhr

Theater künstlicher Menschen

Theatro del Piccoli aus Rom 3930
23 Sänginnen, Sänger und Akteure vom Coventgarden London und Skala in Mailand

500 künstliche Menschen 500 künstliche Menschen
Am 20., 23. und 27. mittags 3 Uhr **Kindermärchenvorstellung**

Verloren
wurde ein gut erhaltenes Gebiß auf dem Wege von der Wäldchenstraße bis zur Erbprinzenstraße. Abzugeben gegen gute Belohnung. 3966
Häpperrstr. 55 II.

Wohlfahrtschecks.
Unser Verein hat neue Wohlfahrts-Checks herausgegeben, die zum Besuche von Brot oder Brötchen berechtigen. Die Checks werden in sämtlichen hiesigen Bäckereien in Zahlung genommen. Die neuen Checks werden nur an Mitglieder abgegeben und sind zum Preise von 60 Pf. bei unserer Geschäftsstelle (Rathaus, Zimmer 128), sowie bei der Süddeutschen Distriktsvereinsleitung, Kaiserstraße, Längli, 3963
Verein gegen Hans- und Straßenbettel e. V.

Zur Neuanschaffung und Nachfüllen der Betten empfehle mein grosses Lager in

Bettfedern

weiss 7.50, 6.90, 6.25, 5.50 und 3.50
silbergrau 6.50, 4.90, 3.40, 2.70, 1.60 und 0.95

Inletts, Barchente und Matratzendreile, sowie sämtliche Bettwäsche in prima Qualitäten zu äusserst billigen Preisen.

Sigmund Wertheimer
Kreuzstrasse 10, neben der Spanischen Weinhalle

Die beste

Dauerwäsche
kaufen Sie billigst im Spezial-Dauerwäschegeschäft

Andreas Weinig jr.
Karlsruhe, Kaiserstr. 49

Ämtliche Bekanntmachungen

Gesetz des Reichsgerichtsrats Karl Philipp Röhmann in Verbindung mit dem Gesetz zur Errichtung und zum Betrieb einer Schlachtkasse in seinem Anwesen Brückstraße Nr. 21 in Bergheim.

Der Reichsgerichtsrat Karl Philipp Röhmann hat um die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Schlachtkasse in seinem Anwesen, Brückstraße Nr. 21 in Bergheim nachgefragt.

Etwalige Einwendungen gegen das geplante Unternehmen sind innerhalb 14 Tagen vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an, geredet schriftlich oder zu Protokoll beim Bezirksamt Karlsruhe oder beim Bürgermeisteramt Bergheim vorzubringen, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als verjährt gelten.

Die Pläne und Besreibungen liegen während der 14-tägigen Einpruchsfrist beim Bezirksamt Karlsruhe - Zimmer 55 - und beim Bürgermeisteramt Bergheim zur Einsicht offen.
Karlsruhe, den 16. April 1927. 953
Badisches Bezirksamt Rb. IV. D. 3.48

Plakate
sämlicher Art liefert rasch und billig
Verlagsdruckerei
Volkseigen und G. m. b. H.
Luisenstr. 24, Telefon 128